Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle=Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 15500 M., durch die Post 14500 M. ohne Zustell.=Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.=Genossensch. f. d. Bez. Halle=Merseburg e GmbH Halle, Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1045, 1047, 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 650 M. für den Millimeter Höhe und Spalte; 3000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz= und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 700 Mark | Freitag, den 6. Juli 1923 | 3. Jahrgang Nr. 155

Die Verhandlungen über die Indexlöhne gescheitert

Was nun?

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 6. Juli.

Nach dem offiziellen Bericht der Spitzengewerkschaften aller Richtungen sind die Verhandlungen über die Anwendung des Lebenshaltungsindex auf die Löhne und Gehälter gescheitert. Die Unternehmer erklärten, daß sie die Frage der Indexlöhne noch nicht für genügend geklärt halten und deshalb eine Verständigung für ausgeschlossen erscheine. Da die Gewerkschaftsvertreter eine weitere Verzögerung nicht mehr verantworten können, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die Gewerkschaften streben trotzdem eine Zugrundelegung der Indexberechnung schon bei den laufenden Tarifverhandlungen an und haben Schritte bei der Reichsregierung getan, um eine gesetzliche Regelung der Löhne für die Staatsarbeiter und Beamten durchzusetzen.

*

Unsere Voraussage hat sich erfüllt. Selbst die von den Gewerkschaftsinstanzen geforderten vollkommen ungenügenden Indexlöhne werden von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Arbeitgeber wollen nicht nur den jetzigen Hungerlohn verewigen, sie wollen die Lebenslage der Arbeiter noch verschlechtern. Die Spitzenorganisationen haben mit ihrer Bauchrutscherei elenden Schiffbruch erlitten, was werden sie jetzt tun?

Die Lage der Arbeiterschaft ist eine verzweifelte, überall flammen Lohnstreiks auf, an allen Ecken und Enden des Reiches tritt die Arbeiterschaft in den Kampf um ein Stück Brot mehr. Einzeln tritt die Arbeiterschaft in den Kampf, einzeln wird die Arbeiterschaft niedergeschlagen.

Tausende von Belegschafts= und Gewerkschaftsversammlungen haben sich mit der Frage der zukünftigen Entlohnung beschäftigt. Teils wurden der Friedensreallohn, teils Gold= oder wertbeständige Löhne gefordert, doch überall kam der entschlossene Wille zum Kampf für die Sicherung der Lebensexistenz zum Ausdruck, überall zeigte die Arbeiterschaft, daß sie am Ende ihrer Leistungsfähigkeit und auch am Ende ihrer Geduld angelangt ist.

Die minimalen Forderungen der Spitzenorganisationen sind abgelehnt, was werden der ADGB., die AfA., der ADB. tun? **Werden sie sich zu energischen Schritten aufraffen, werden sie den Willen ihrer Mitglieder ausführen, werden sie die Arbeiterschaft in den Kampf für die von ihnen selbst als notwendig erachteten „Indexlöhne"** führen? Ein Narr, wer dies glaubt. Die Spitzenorganisationen werden weiter beraten. Nach tage= und wochenlangen Beratungen und neuen Visiten bei Cuno und anderen Kapitalistenvertretern werden sie dann den einzelnen Gewerkschaften freie Hand zur Erkämpfung von wertbeständigen Löhnen lassen, d. h. jede Gewerkschaft führt den Kampf so gut und so schlecht sie ihn eben führen kann, und kommt dabei bei dem geschlossenen Widerstand der Unternehmer unter den Schlitten.

Dieser Weg ist in der heutigen Situation, der amtliche Dollarkurs ist trotz der ebertinischen Devisenverordnungen von 154 000 auf 166 000 hinaufgeklettert, nicht gangbar. Die Arbeiterschaft kann nicht mehr mit der Regelung ihrer Löhne und Gehälter warten, sie muß sich selbst helfen. Notwendig ist, daß die Arbeiterschaft sich zunächst über das nächstliegende Etappenziel und über die Form des Kampfes klar wird. Deshalb ist der Beschluß des Bezirks-Kartellvorstandes, zum 29. Juli eine Betriebsrätekonferenz einzuberufen, nur zu begrüßen. Es ist dies der richtige Weg. Die Gewerkschaftsinstanzen haben wieder, wie schon so oft, versagt. Jetzt haben die Arbeiter selbst das entscheidende Wort. Die Betriebsräte, die von den Belegschaften erwählten Vertrauensleute, müssen sich untereinander verständigen, dem geschlossenen Angriff des Unternehmertums muß der geschlossene Block der gesamten Arbeiterklasse entgegengesetzt werden. Um diesen einheitlichen, festen Block der Arbeiter aller Berufe zu schweißen, um die Vorbedingungen für einen erfolgreichen Kampf zu schaffen, müssen die Belegschaften schon heute zu der Bezirks=Betriebsrätekonferenz in ihren Betrieben Stellung nehmen und ihre Betriebsräte oder Vertrauensleute zur Konferenz bestimmen. Kein Betrieb darf unvertreten sein. **Die Betriebsrätekonferenz des Bezirks Halle=Merseburg muß dem Unternehmertum zeigen, daß die mitteldeutsche Arbeiterschaft sich nicht noch weiter hinabdrücken läßt. Sie muß aber auch den Spitzenorganisationen mit aller Deutlichkeit sagen, daß sie zum Kampfe für die Sicherung der Existenz der arbeitenden Bevölkerung bereit ist, von ihren Führern verlangt, daß dieser Kampf durchgeführt wird, und daß sie entschlossen ist, wenn die heutigen Führer die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum dem Kampfe für die Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse vorziehen, sie dahin zu schicken, wohin sie dann gehören, zu den Unternehmern, zu unseren Ausbeutern.**

Die Arbeiter sind die Gewerkschaften, sie müssen jetzt klar und zielbewußt den Kampf gegen das Unternehmertum vorbereiten, schnell, sofort, ehe der Plan der Unternehmer, die Arbeiter der einzelnen Industriegruppen gesondert abzukämpfen, in die Tat umgesetzt wird. Dem geschlossenen Block des Unternehmertums, das sich nicht nur nach Industrieen, sondern als Klasse fest organisiert hat, muß der einheitliche Kampf der gesamten Arbeiterklasse, Hand= und Kopfarbeiter vereint, entgegengesetzt werden. Nur so wird sich die arbeitende Klasse ihre Existenz sichern können.

Streik der Berliner Metallarbeiter

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 6. Juli.

Die gestern vom Metallkartell vorgenommene Urabstimmung in den Betrieben der Berliner Metallindustrie ergab 120 444 Stimmen für den Streik. Ueber 9000 für die Annahme des Schiedsspruches. Damit ist die zum Streik erforderliche Dreiviertel=Mehrheit weit überschritten. Die Streikleitung hat gestern beschlossen, daß zunächst über 60 Betriebe, darunter alle wichtigen Großbetriebe, heute früh in den Streik eintreten.

Der AfA.=Bund nimmt in einer öffentlichen Erklärung zum Streik Stellung und weist seine Mitglieder an, absolute Solidarität mit den Metallarbeitern durch Verweigerung jeder Arbeitsleistung, durch die der Streik beeinträchtigt werden könnte, zu üben.

Streiks und Lohnbewegungen im Reich

(Eigene Drahtmeldungen)

Die Kommission der Berliner Baudelegierten wendet sich in einem Aufruf an die Arbeiter der Industriegruppe Bau und fordert zur Bildung einer Kampfgemeinschaft im Baugewerbe, zur Erringung des Friedensreallohnes auf.

*

Varel (Oldenburg). Der Streik auf dem hiesigen Eisenwerk wird trotz der Verschleppungstaktik der Gewerkschaftsführer entschlossen weitergeführt.

*

Der Metallarbeiterstreik in Rostock geht weiter, da die Unternehmer sich dem gefällten Schiedsspruch nicht unterwerfen.

*

Die Straßenbahner Düsseldorfs drohen infolge des brutalen Vorgehens der Direktion in einer Resolution mit einem neuen Streik.

*

Streik der Leipziger Metallschleifer. Die Metallschleifer der Fahrradfabrik Bauer und Müller sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer einen Lohnabbau vornehmen wollten. Die christlichen Gewerkschaftsführer spielten den Judas, indem sie ihre Mitglieder zur Arbeitsaufnahme überredeten. Die Mitglieder des DMV. verharren weiter im Streik, um den Lohnabbau abzuwehren.

Die Erwerbslosen im Reichstag

(Eigener Bericht)

Berlin, 5. Juli.

Dem Aufruf der Kasseler Erwerbslosen, Delegationen an die Reichsregierung zu senden, haben die Erwerbslosen im ganzen Reiche in überraschender Weise Folge geleistet. Aus allen Landesteilen trafen heute morgen im Reichstage Erwerbslosendelegationen ein. Insgesamt waren 71 Delegierte erschienen. Davon gehörten elf der VSPD. an, 14 waren parteilose Gewerkschafter, drei Syndikalisten, der Rest gehörte der KPD. an.

An der Besprechung nahmen teil für die VSPD.=Fraktion die Abgeordneten Albrecht und Brandes und für die KPD.=Fraktion Koenen und Malzahn. Nach einer lebhaften Aussprache, in der das Elend der Erwerbslosen kraß zu Tage trat, wurde beschlossen, eine Kommission mit der Ausarbeitung einheitlicher Forderungen zu beauftragen. Die von der Kommission ausgearbeiteten Forderungen wurden einstimmig von der Konferenz der Delegierten angenommen. Die Forderungen lauten:

Die am 5. Juli 1923 aus dem ganzen Reiche erschienenen und im Reichstag versammelten Delegierten der Erwerbslosen stellen hiermit folgende Forderungen auf:

1. Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten in größerem Umfange, bei denen möglichst sämtliche Berufsgruppen zu den tarifmäßigen Löhnen beschäftigt werden. Akkordarbeit sowie Abzug von dem tarifmäßigen Lohn darf nicht stattfinden.

2. Zur Linderung der dringendsten Notlage muß sofort eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe an jeden Erwerbslosen, einschließlich der schon Ausgesteuerten, gezahlt werden, und zwar 500 000 Mark für Verheiratete, 300 000 Mark für Ledige.

3. Die Unterstützungssätze sollen sich in Zukunft richten nach dem jeweiligen Tariflohn eines Gemeinde= u. Staatsarbeiters und zwar:

a) für Ledige im Haushalt eines anderen 50 Prozent
b) für selbständige Ledige 65 Prozent
c) für Verheiratete ohne Kinder 70 Prozent
d) für Verheiratete bis zu drei Kindern 80 Prozent
e) für Verheiratete mit mehr als drei Kindern 90 Prozent

4. Aufhebung der Karenzzeit und Gewährung der Erwerbslosenunterstützung ohne Einschränkung und Befristung.

5. Den Reichsarbeitsminister aufzufordern, eine Verordnung zu erlassen, daß alle Einstellungen von Arbeitern und Angestellten durch die öffentlichen Arbeitsämter nach den jeweils geltenden Ortstarifen vorgenommen werden müssen.

6. Den Reichsarbeitsminister aufzufordern, Richtlinien an Länder und Kommunen zu erlassen, durch die

a) die Erwerbslosenkommissionen als Vertreter der Erwerbslosen anerkannt werden,
b) Länder und Gemeinden das Recht erhalten, bei besonderer Notlage Zuschüsse an die Erwerbslosen zu zahlen,
c) Naturallieferungen zu bewilligen.

7. Eine Amnestie für alle Notvergehen zu erlassen.

Damit sind endlich für die anwachsende Erwerbslosenbewegung einheitliche Forderungen aufgestellt. Ueber die Forderungen sollen morgen Besprechungen mit dem Reichsarbeitsminister stattfinden.

*

Gestern trafen vier Delegationen des Zentralrates der Erwerbslosen des Rhein= und Ruhrgebietes in Berlin ein, um wegen Anerkennung des Barmer Programms der Erwerbslosen mit dem Reichsarbeitsministerium zu verhandeln.

In Breslau demonstrierten die Erwerbslosen für ihre Forderungen vor dem Rathaus. Sie wurden darin durch die Belegschaften einiger Großbetriebe unterstützt, so daß insgesamt über 30 000 Arbeiter die Forderungen vertraten.

England und die Ruhr

Von M. Philips Price

Die Beilegung der anglo=russischen Krise im letzten Mai wurde in England durch zwei Ursachen herbeigeführt: erstens durch die Opposition der organisierten Arbeiterbewegung, die die Regierung nicht zu ignorieren wagte, und zweitens durch den Sieg der Gruppe um Mr. Baldwin im britischen Kabinett. Was die erste Ursache anbetrifft, so hat Mr. Baldwin offen zugegeben, daß die Resolutionen von den Ortsgruppen der Labour Party, von den Gewerkschaften, der Unabhängigen Arbeiter=Partei und den anderen sozialistischen Organisationen — von denen der Kommunistischen Partei gar nicht zu sprechen — so zahlreich einliefen, daß er außerstande war, sie alle zu beantworten, und daß er sie deshalb Mr. Henderson zur Erledigung übergeben mußte. Die herrschenden Klassen in England sahen klar voraus, daß, wenn Lord Curzons Politik die Oberhand gewinnt, eine sehr gefährliche innere Situation entstehen würde. Für die Regierung Englands, die jetzt eine Regierung der Bank=Aristokratie, der Besitzer von „Consols" (Staats=Renten) und des passiven Kapitals ist, ist eine friedliche Außenpolitik notwendig, um die englische Währung zu stützen. Lord Curzons Politik, die die Anschauungen der anglo=indischen Bureaukratie und der Führer des Heeres und der Flotte zum Ausdruck brachte, zielte ab auf einen Bruch mit Rußland um jeden Preis, selbst dann, wenn dieser Bruch kriegerische Verwicklungen im Osten zur Folge haben sollte. Für den Augenblick ist diese Politik diskreditiert. Die „Politik der Ruhe" Bonar Laws hat das Feld behauptet.

Aber es ist fraglich, wie lange die Politik der britischen Regierung wirklich eine „Politik der Ruhe" sein kann. Die neuen Luftflottenpläne haben ein grelles Licht auf das wirkliche Verhältnis Englands zu Frankreich geworfen. Es ist schon seit längerer Zeit ein offenes Geheimnis, daß der britische Widerstand gegen die Ruhr=Politik Frankreichs in nicht geringem Maße von der Tatsache diktiert wurde, daß die französische Luftflotte etwa zehnmal stärker ist als die britische. Die Frage, vor der die Baldwin=Regierung stand, war: Ist der europäische Kontinent wichtig genug für die britische Bourgeoisie, um neue Ausgaben für Rüstungen mit all ihren Gefahren neuer Kriege notwendig zu machen? Es lag auf der Hand, daß, wenn die britische Luftflotte nur annähernd die Stärke der französischen erreicht hätte, die Baldwin=Regierung in ganz anderen Tönen mit Herrn Poincaré zu sprechen beginnen würde, als in den Tönen der bisherigen platonischen Proteste. Unter den Führern der Industrie in England hatte es schon seit einiger Zeit zwei verschiedene Tendenzen gegeben, von denen eine hauptsächlich durch die Rohstoffe verarbeitenden Industrien in Nord=England (Textil=Industrie, Maschinen=Industrie) und durch die Banken, die mit ihnen verbunden sind, vertreten wurden. Diese wissen, daß ihre besten Märkte auf dem Kontinent liegen und daß jede Hoffnung auf eine Wiederbelebung des Handels aussichtslos ist — wenigstens was ihre Industrie anbetrifft —, wenn nicht die Kaufkraft Deutschlands wieder hergestellt wird. Sie sehen ferner, daß die britischen Erzeugnisse für eine weiße, auf einer hohen Stufe der Zivilisation stehende Bevölkerung bestimmt sind, und daß es deshalb aussichtslos ist, abzuwarten, bis die verhältnismäßig kleine und langsam wachsende weiße Bevölkerung in den britischen Kolonien den Verlust des mitteleuropäischen Marktes ersetzen kann. Diese Ansicht wurde vor kurzem in einem Bericht der „Federation of British Industries" ganz klar zum Ausdruck gebracht.

Auf der anderen Seite steht die zweite Tendenz, die die britische Regierung in Berücksichtigung ziehen muß. Diese Tendenz, die in der Regierung von dem Marineminister Mr. Amery vertreten wird, will Europa überhaupt aufgeben und sich einzig und allein auf die britischen Kolonien konzentrieren. Die Ernennung Baldwins zum Ministerpräsidenten scheint darauf hinzudeuten, daß nicht nur die Curzon=Clique mit ihrer antirussischen Politik fallen gelassen wurde, sondern daß die Gruppe der Industriellen in England, die den kontinentalen Markt nicht gänzlich aufgeben will, auch ein Wort in der Politik der Regierung mitzusprechen haben wird.

Was hat diese Politik aber zur Folge? Sie erfordert eine mehr aktive Opposition gegen die Franzosen an der Ruhr. Das erste Symptom dafür kann in der Entscheidung der Baldwin=Regierung gesehen werden, die Luftflotte auf 60 Geschwader zu verstärken, wodurch die britische Luftflotte auf ungefähr die Hälfte der Stärke der französischen gebracht wird. Das sollte ein Anfang sein. Hier wird aber die britische Regierung vor einen inneren Widerspruch gestellt. Entweder muß sie ihre „Politik der Ruhe" aufgeben, oder sie muß auf den Verlust ihres Einflusses auf dem Kontinent gefaßt sein. Nicht nur jene Elemente der britischen Bourgeoisie, die durch den Handel und die Verarbeitungs=Industrie vertreten sind, wünschen die französische Politik an der Ruhr zu durchkreuzen, sondern auch einzelne Sektionen der großen Bank=Aristokratie, die internationale Geldinteressen in der Wall Street, in der Londoner City, die Rothschilds, Grenfels, Kleinwerts, Morgans und jene Bank=Gruppe, an deren Spitze Mr. Mc Kenna steht, und die binnen kurzem im Baldwin=Kabinett durch Mc Kenna selbst, als Finanzminister, vertreten sein wird. Sie alle wollen um jeden Preis die Schaffung eines Schwerindustrie=Trusts Stinnes—de Wendel — d. h. die Verbindung deutscher Kohle und deutschen Kokses an der Ruhr mit dem französischen Eisen und den Hochöfen in Lothringen — verhindern. Sie sind nicht so sehr gegen eine solche Vereinigung, als dagegen, daß diese ohne ihre Teilnahme zustande kommt, und zwar aus dem Grunde, weil sie dadurch endgültig von dem industriellen, finanziellen und politischen Einfluß auf dem Kon-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230706-19/fragment/page=0001

tinent ausgeschaltet würden. Mit den Augen des Raubvogels, der seine Beute verfolgt, können sie voraussehen, daß die deutsche Bourgeoisie eines Tages vor die Notwendigkeit gestellt werden wird, die Mark zu stabilisieren, und sie wollen natürlich ihren Anteil an den Garantien für die Flüssigmachung einer internationalen Anleihe erhalten. Stinnes darf weder der einzige Gläubiger des bankrotten Deutschen Reiches sein, noch darf er die einzige Kontrolle über die deutschen Eisenbahnen haben. Die Baldwin-Regierung befindet sich also in einem Dilemma, das jedoch typisch ist für die Anarchie innerhalb des kapitalistischen Systems. Für eine erfolgreiche Stabilisierung der deutschen Mark und für die Flüssigmachung einer internationalen Reparationsanleihe sind Friede und Ruhe unbedingt notwendig; aber diese notwendigen Voraussetzungen wären nicht vorhanden, wenn Stinnes nicht gleichzeitig daran gehindert wird, das Deutsche Reich an das Comité des Forges zu verkaufen. Darum eben muß eine neue britische Luftflotte gebaut werden, ein neues Wettrüsten mit den Franzosen muß beginnen, die „Politik der Ruhe" die die notwendige Voraussetzung für die Stabilisierung und für die internationale Anleihe ist, muß aufgegeben werden. Der „circulus viciosus" ist geschlossen.

Wie wird die britische Arbeiterpartei in dieser Situation handeln, wenn sie, was immer wahrscheinlicher wird, in der nächsten Zukunft zur Macht kommt? Hier muß man die verschiedenen Elemente, aus denen sich die Arbeiterpartei zusammensetzt, auseinanderhalten. Die gegenwärtige Clique der Arbeiter-Intellektuellen, die sich des Parteiapparates bemächtigt hat und mit der alten Schule der Gewerkschaftssekretäre zusammenarbeitet, wird sicher die „ehrwürdige Tradition" der britischen Diplomatie weiter verfolgen. Die außerordentliche Zuneigung dieser Leute für den bankrotten Völkerbund zeigt, daß sie entweder nicht verstehen können oder nicht verstehen wollen, daß sie von den internationalen Bank-Interessen, die immer noch hoffen, daß sie aus der Stabilisierung der europäischen Währungen einen Profit für sich herausschlagen werden, als Werkzeuge benutzt werden. Diese bewußte oder unbewußte Teilhaberschaft mit den Kräften, die hinter der britischen Regierung stehen, ist jetzt auch auf ein anderes Gebiet übertragen worden. Die Arbeiterpartei hat auf ihrem Parteitage in der vorigen Woche in London einen Antrag verworfen, der von der Unabhängigen Arbeiterpartei eingebracht wurde, und der verlangt, daß die Arbeiter-Abgeordneten im Parlament prinzipiell gegen alle Rüstungskredite stimmen. In seiner Begründung der Ablehnung sagte Artur Henderson folgendes: Man hat sehr viel über die Einstellung der Franzosen gehört. Wenn Frankreich hieran festhält, könnte man die Verteidigungsmöglichkeiten nicht ganz ignorieren." Ganz genau so, wie die alte Schule der britischen Arbeiterführer die Arbeiterparteien — koalliert mit der Bourgeoisie — gegen den preußischen Militarismus in den Krieg führte, wird jetzt die Saat für eine Zeit gestreut, in der dieselben Führer die Arbeiterparteien in einen Krieg gegen Poincarés Militarismus führen werden. Die traditionelle Politik der britischen kapitalistischen Klasse — ihre Vorherrschaft dadurch zu sichern, daß sie die schwächste Macht auf dem Kontinent gegen die stärkste stützt — wird von den gegenwärtigen Arbeiterführern weiter befolgt werden. Andererseits macht sich innerhalb der Arbeiterpartei ein langsames, mehr und mehr bemerkbares Anwachsen der oppositionellen Bewegung fühlbar, das sich durchaus nicht auf die Mitglieder der britischen Kommunistischen Partei beschränkt, die durch rege Arbeit in den Gewerkschaften erreicht hat, als Delegierte zu diesem Kongreß gewählt zu werden. Die Unabhängige Arbeiterpartei, die trotz all ihres sentimentalen Pazifismus und ihrer unklaren, marxistischen Phraseologie einen gesunden proletarischen Instinkt hat und deren Kern gesund ist, wird in der Bekämpfung der opportunistischen Politik der rechten Führer der Arbeiterparteien keine unwichtige Rolle spielen. Die Anschauung einiger Mitglieder der Opposition in der Arbeiterpartei wird am besten durch folgende Stelle in der Rede eines schottischen unabhängigen Delegierten auf dem Parteitag der Labour Party, George Buchanan, gekennzeichnet, in der er sagte: „Waffengewalt wird immer mehr die Methode, die Arbeiter im industriellen Kampf niederzuknüppeln. Wenn man logisch vorgehen will, müßte man sagen, daß alle Arten der Bewaffnung unrecht seien, und man müßte demgemäß im Abgeordnetenhaus stimmen."

Hinweg mit dem Verbot der proletarischen Hundertschaften

In allen Gebietsteilen des Reichs wie auch Preußens ist in der letzten Zeit ein freieres Auftreten der faszistischen Organisationen zu beobachten gewesen. Die Fälle mehren sich, in denen es durch das provokatorische Verhalten der Faszisten zu blutigen Zusammenstößen und zu Zerstörungen von Arbeitereinrichtungen kommt. Es sei nur an die Stahlhelmangriffe in Eisleben, Halle und Teutschenthal, an die Sprengung der sozialdemokratischen Parteidruckerei in Münster, an den Arbeitermord in Dramburg und ähnliche Gewalttaten der Faszisten in den letzten Tagen erinnert.

Der grauenhafte Faszistenmord in Parchim, die Enthüllungen Dr. Zeigners im sächsischen Landtag, die Feststellungen über faszistische Umtriebe in Hamburg, deren Fäden nach Stettin und anderen Orten gehen und nicht zuletzt die allgemein bekannten Zustände in Bayern lassen erkennen, daß es sich um ein wohlorganisiertes, systematisches Vorgehen handelt. Der Bestand der Republik ist auf das äußerste bedroht.

Die Lage für die Arbeiterschaft wird noch besonders dadurch verschärft, daß die Kommandostellen der staatlichen Organe, Schupo und Reichswehr, ganz offen für die Faszisten und gegen die proletarischen Bevölkerungsschichten Stellung nehmen und den Feinden der Republik tatkräftige Unterstützung zuteil werden lassen.

Begünstigt wird das staatsfeindliche Verhalten der staatlichen Organe durch das Verbot der proletarischen Abwehrorganisationen durch den preußischen Minister des Innern.

Der Landtag wolle daher beschließen:

1. **Das Verbot der proletarischen Hundertschaften wird aufgehoben;**
2. **Die proletarischen Hundertschaften werden sofort aus staatlichen Beständen bewaffnet;**
3. **Alle faszistischen Organisationen sind sofort aufzulösen;**
4. **Alle Umzüge, Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen der Faszisten sind mit allen Mitteln zu verhindern;**
5. **Die Schupo ist sofort von allen reaktionären Offizieren und Mannschaften zu säubern;**
6. **Die Durchführung der Punkte 3, 4 und 5 wird proletarischen Organisationen übertragen;**
7. **Allen politischen Gefangenen, die wegen der Bekämpfung des Faszismus und der Konterrevolution in Strafe genommen sind, wird Straferlaß gewährt.**

Berlin, den 3. Juli 1923.

*

Unsere preußische Landtagsfraktion forderte, diesen Antrag am 4. Juli auf die Tagesordnung zu setzen. Die Landtagsmehrheit aber, die bürgerlichen Parteien, die teils versteckt, teils ganz offen im Faszismus Rettung aus dem Bankrott der bürgerlichen Demokratie erhoffen, stimmten diesen Geschäftsordnungsantrag nieder. Wir haben schon an Dutzenden andern Beispielen gezeigt, wie nicht nur die Großindustrie, der Großgrundbesitz und damit die konterrevolutionären Rechtsparteien den Faszismus mit allen Mitteln unterstützen, sondern daß auch die deutsche Kleinbourgeoisie, die bürgerlichen Mittelparteien, ebenso dem Faszismus huldigen wie die großkapitalistischen Hyänen. Kein Wunder, daß das Bürgertum alles aufbietet, alles zu bekämpfen, was dem Faszismus gefährlich werden kann.

Wir geben uns auch keiner Hoffnung hin, daß durch parlamentarische Mittel, durch gesetzliche Maßnahmen, die von unserer Partei im Landtag erhobenen Forderungen durchgeführt werden können bei einer Regierung, bei einem staatlichen Machtapparat, wie er gegenwärtig in Preußen existiert. Was erreicht werden soll, ist einzig und allein, dem Proletariat zu zeigen, wie es mit den politischen Machtverhältnissen bestellt ist.

Nur die geballte Faust, nur die konzentrierte Kraft des deutschen Proletariats kann den von uns gestellten Antrag verwirklichen. Die Forderungen unserer Landtagsfraktion bilden die Grundlagen, die erste Voraussetzung für die wirtschaftlichen und politischen Existenzmöglichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung, in der zum Bürgerkrieg zugespitzten Kampfesatmosphäre, in der wir uns heute befinden. Keine Lohnbewegung, keine Versammlungsfreiheit, keine Pressefreiheit ist möglich, wenn nicht die in dem Antrag der Landtagsfraktion enthaltenen Forderungen erfüllt werden.

Das, was uns das Bürgertum verweigert, müssen sich die Arbeiter in einheitlich geschlossener Kampfesfront erkämpfen. Darum haben unsere Losungen heute mehr Bedeutung als je zuvor:

Hinweg mit dem bürgerlichen Parlamentarismus!

Her mit der Arbeiterdemokratie!

Schafft die geschlossene Einheitsfront zur Abwehr gegen den Faszismus!

Sofortige Aufhebung des Verbots der proletarischen Hundertschaften!

Her mit der Arbeiter-Regierung!

Die Bitterfelder Metallarbeiter zum Streik ihrer Berliner Kollegen

Die Generalversammlung des DMV., Ortsverein Bitterfeld, befaßte sich mit dem Streik ihrer Berliner Kollegen und nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die Generalversammlung des DMV., Ortsverwaltung Bitterfeld, begrüßt den Beschluß der Berliner Metallarbeiter Funktionäre, den Schiedsspruch des Schiedsgerichtes abzulehnen und durch Aufnahme des Kampfes, durch eigene Kraft sich den Lohn zu erkämpfen, der zur jetzigen Lebenshaltung der Arbeiter unbedingt erforderlich ist.

Mit besonderer Freude nimmt die Generalversammlung der Metallarbeiter Kenntnis von dem Beschluß, den Kampf der Metallarbeiter Berlins zu verbinden mit dem der Holz- und Bauarbeiter. Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Bitterfeld erklärt sich mit den Berliner Kollegen solidarisch und verpflichtet sich mit ganzer Kraft und allen Mitteln — wenn es sein muß, auch mit denen des Kampfes — die kämpfenden Berliner Kollegen zu unterstützen. Sie fordert die Kollegen des Bezirks Halle auf, **sofort Stellung zu nehmen zum Kampfe der Berliner Kollegen** um Maßnahmen beschließen zu können, die es ermöglichen, diesem Kampfe einen vollen Erfolg zu sichern. **Der Kampf der Berliner Kollegen ist unser Kampf.**

Schluß mit der bisherigen Lohnpolitik der Unternehmer. Es lebe der wirtschaftliche Kampf um die Sicherung und Erhöhung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse!"

KPD. vorauf

Bei der Betriebsrätewahl auf der Zeche von Welheim (Ruhrgebiet) erhielten Stimmen:

Liste der Union	1026
Liste des Alten Bergarbeiter-Verbandes	415.

Die christliche Liste begnügt sich mit 164, eine vierte Liste mit 187 Stimmen. Von den gewählten Betriebsräten sind 10 Kommunisten, 3 Sozialdemokraten, ein Zentrumsmann. Nach VSPD.-Schimpfmuster hatte der arbeitsgemeinschaftliche Bergarbeiterverband kurz vor der Wahl ein wüstes, verleumderisches Hetzblatt gegen die Kommunisten herausgegeben und damit den Erfolg erzielt, wie das Wahlergebnis aufweist.

Gegen die Arbeiterpresse

Der rapide Fortschritt unserer Arbeiterpresse, besonders auch im Westen und Süden Deutschlands, scheint den herrschenden Gewalten höchst unangenehm zu sein. Die Vorstöße der Klassenjustiz gegen unsere Presse vermehren sich auffallend. So wurden allein in Württemberg gleich mehrere der Redakteure unserer „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung" zu Gefängnisstrafen von je 9, 5, 6 und 8 Monaten verurteilt. Wenn auch der Weiße Schrecken gegen unsere Genossen aufs schärfste entfesselt wird, so wird man unsere Bewegung dadurch nicht hemmen, sondern fördern.

Von der bayrischen Regierung wurde der sozialdemokratische „Fränkische Volksfreund" verboten, weil er aus der Frankfurter „Volksstimme" einen „Mobilmachungsbefehl" der nationalistischen Kreise abgedruckt hatte. Ist das Landesverrat?

Die bayrischen „Volksgerichte"

Im Anschluß an seine Rede über den Fall Fechenbach weist der frühere Justizminister Dr. Radbruch den „Vorwärts" darauf hin, daß über die (nicht vorhandenen) Rechtsgrundlagen des bayrischen Volksgerichtsgesetzes zwei verschiedene amtliche Ansichten bestanden haben. Und in der „Vossischen Zeitung" weist der im Fechenbach-Prozeß als Sachverständiger vernommene Archivrat Dr. Thimme darauf hin, daß es ihm gar nicht eingefallen sei, dem Oberlandesgerichtsrat Haß gegenüber eine Aeußerung getan zu haben, die als Zustimmung zu seiner Prozeßführung oder zugunsten der Volksgerichte ausgelegt werden könnte. Eine solche Aeußerung würde den von ihm im Prozeß gemachten Wahrnehmungen und seinem Urteil schnurstracks zuwiderlaufen. Ausdrücklich stellt er fest, daß er „gegenüber dem Oberlandesgerichtsrat Haß keinerlei Aeußerung getan habe, die selbst bei der kühnsten Auslegung und der größten Neigung zum Mißverstehen als eine Rechtfertigung der bayrischen Volksgerichte ausgelegt werden könnte".

Eine Ohrfeige, die sitzt!

Ein VSPD.-Redakteur aus der freien Gewerkschaft ausgeschlossen

(Eigene Drahtmeldung)

Köln, 5. Juli.

Der VSPD.-Redakteur der „Rheinischen Zeitung", Trimborn, in Köln wurde in der Delegiertenversammlung des Kölner Textilarbeiterverbandes einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen. Er wäre durch eine im Namen der sozialdemokratischen Kölner Stadtverordnetenfraktion abgegebene Erklärung im letzten großen Streik der Kölner Gemeindearbeiter diesen in den Rücken gefallen.

*

Das ist die Logik der Dinge. Schließt man einen Kommunisten aus, weil er für die Einheitsfront und für den Kampf gegen die Unternehmer eintritt, so muß man konsequenterweise auch einen VSPD.-Kollegen ausschließen, der dasselbe fordert. Diese Gewerkschaftsführer schließen eben jeden aus, der ihnen nicht paßt. Die Arbeiterschaft aber steht mit den Klassenkämpfern gegen diese Führer. Die reformistischen Führer aus den Verbänden entfernen, das ist jetzt Hauptaufgabe.

Noske bietet sich als Arbeiterschlächter an

Im hannoverschen Provinziallandtag sagte Noske anläßlich einer Debatte über die Erwerbslosenunterstützung, „in den Betrieben sei eine Bewegung im Gange, die er aufmerksam verfolge, um bei gegebenem Anlaß „Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten". (Zuruf eines Kommunisten: So wie 1919 im Ruhrgebiet!) — Noske: Davon verstände er nichts! Erneuter Zuruf: An meinen Fingern klebt ja auch nicht das Blut von Arbeitern! Noske fortfahrend: **Das, was im Ruhrgebiet geschehen ist, werde ich jeden Tag, wenn es sein muß, wiederholen."** (Stürmisches Bravo rechts.) — Noske ist immer noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei!

Ein bemerkenswerter Beschluß der kommunistischen Studentengruppe Jena

Die kommunistische Studentengruppe der Universität Jena beschloß einstimmig, bei der Zentrale des Verbandes kommunistischer Studenten Deutschlands und Deutschösterreichs zu beantragen, noch im Verlaufe dieses Sommers einen Kongreß der kommunistischen Studenten Deutschlands und Deutschösterreichs einzuberufen.

Die kommunistische Studentengruppe an der Universität Jena arbeitet gerade daran, die kommunistischen Studenten organisatorisch der Partei vollkommen zu unterstellen und sie für die Partei, die kommunistischen Betriebszellen, das rote Gewerkschaftskartell usw. dienstbar zu machen. Darin erblickt sie eine der notwendigsten und fruchtbarsten Aufgaben der kommunistischen Studenten überhaupt.

Der Kongreß soll nun diese Gedanken als pflichtmäßig einzuhaltende Richtlinien für die gesamte kommunistische Studentenschaft Deutschlands und Oesterreichs festlegen und ausarbeiten.

*

So bekäme die kommunistische Studentenschaft zum ersten Male ein festes, brauchbares, organisatorisch ausgebautes Verhältnis zur Partei und zu den anderen wichtigsten proletarischen Organisationen. Denn nur so können die kommunistischen Studenten zu wirklich auch praktisch brauchbaren Kämpfern erzogen werden.

Die Erweiterte Exekutive zur Konterrevolution in Bulgarien

Die Erweiterte Exekutive hat zu den Ereignissen in Bulgarien in einem Aufruf Stellung genommen, in dem es u. a. heißt:

Genossen! Genossinnen!

Der Weiße Staatsstreich der bulgarischen Bureaukraten, Generale und Spekulanten fand statt mit Zustimmung und Hilfe der Sozialdemokratischen Partei, die ein Teil der II. Internationale ist. Diese Partei, die an den Verbrechen der bulgarischen Kriegsregierung mitschuldig ist, eine Partei, von der sich alle Arbeiter abgewendet haben, so daß sie zu einem Nichts zusammengeschrumpft ist, sie hat sich hergegeben, als Feigenblatt für den konterrevolutionären Umsturz zu dienen. Sie hat sich damit würdig erwiesen der Noske und der Turati, die dem Weißen Umsturz in Deutschland und Italien die Wege geebnet haben.

Der Umsturz wurde vollbracht mit Hilfe des Abschaums der europäischen Konterrevolution, mit Hilfe von Wrangel-Offizieren und mit der Unterstützung von Horthy-Henkern und rumänischen Bojaren. Die italienische Regierung unterstützt sie, weil sie in den Kriegsabenteurern von Sofia Gehilfen im Kampfe gegen Südslavien sieht. Die kapitalistische Welt hat den Weißen Staatsstreich in Bulgarien gutgeheißen. Die faszistischen Banden aller Länder sehen in ihm den Beweis, daß es genügt, zu wollen, um dem arbeitenden Volke den Fuß auf den Nacken setzen zu können.

Wir, die Kommunistische Internationale, die Vereinigung aller kämpfenden Arbeiter des Ostens und Westens, rufen die bulgarischen Arbeiter und Bauern, rufen die internationale Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die bulgarischen Staatsstreichler auf.

Die Interessen der großen Mehrheit der bulgarischen Bauern, die arm sind, gehen Hand in Hand mit den Interessen der Arbeiter und Handwerker in den Städten. Stambulisski verfolgte die Arbeiterklasse. Er verlor so die einzige Stütze, die er in den Städten haben konnte, gegen die Clique der Bureaukraten und Offiziere, die das bulgarische Volk 40 Jahre lang ausgebeutet und geknechtet haben und es weiter tun wollen.

Wir fordern sie auf, sich mit den Arbeitern in den Städten zu verbinden und den Kampf unter der Losung der Errichtung einer Regierung der Arbeitenden in Stadt und Land zu beginnen.

Bauern Mazedoniens! Revolutionäre Mazedoniens!

Ihr habt Euch von der bulgarischen Konterrevolution zu einem Staatsstreich mißbrauchen lassen, obwohl Eure Interessen wie Eure Vergangenheit beweisen, daß Eure Geschicke aufs engste mit den Interessen des werktätigen Volkes, mit den Interessen der **Revolution** auf dem Balkan und in der ganzen Welt verbunden sind. Die Regierung Stambulisskis hat Mazedonien der jüdischen Bourgeoisie ausgeliefert, um sich deren Unterstützung zu sichern. Um sich ihre Herrschaft zu sichern, **wird sie Mazedonien tausendmal verraten und Euch unterdrücken,** weil sie keine revolutionäre Bauernbewegung in Mazedonien dulden kann. Nur eine Bauern- und Arbeiter-Regierung in Bulgarien wird die Sympathien der Bauern und Arbeiter in Rumänien, in Jugoslavien und Griechenland erwecken. Nur sie wird den Weg freimachen zur Errichtung einer Balkanföderation der Arbeiter- und Bauern-Regierung, die allein Euch befreien kann, ohne daß Mazedonien von neuem zum Schauplatz blutiger Kämpfe wird, bei denen Eure Hütten eingeäschert, Eure Felder aufgewühlt und zerstampft werden.

Arbeiter und Bauern Jugoslaviens, Rumäniens und Griechenlands! Werdet Euch mit voller Energie gegen alle jene auf dem Balkan, die die Regierung Zankows unterstützen, umgeht die Gesandten dieser Regierungen mit **Eurem Hasse, umgeht das Weiße Bulgarien mit dem Wall Eures Widerstandes, eilt den Bauern und Arbeitern Bulgariens bei jeder Gelegenheit zu Hilfe, dem tapferen werktätigen Volke Bulgariens, das den Kampf gegen die Weiße Regierung beginnt.**

Arbeiter der Tschechoslowakei! Arbeiter Oesterreichs und Deutschlands! Der Sieg der faszistischen Banden in Bulgarien wird die faszistischen Abenteurer in Euren Ländern das Haupt erheben lassen und beflügeln. Seid auf der Hut, seid wachsam, laßt Euch nicht einschüchtern oder überrumpeln. Bekämpft in der entschiedensten Weise jede Hilfeleistung an das Weiße Bulgarien und zieht Schlüsse aus dem Vorgehen der bulgarischen Reaktion und aus den Fehlern der bulgarischen Bauern und Arbeiter. Strengt alle Kräfte an, um einen Bund der armen Bauern mit den Arbeitern gegen das Vordringen der Söldlinge des Kapitals und der militärischen Söldlinge des Kapitals und der militärischen Cliquen zu schaffen **und lernt es, in der Stunde der Gefahr, auch schweren Kampf zu wagen, wenn Ihr nicht Eure Zaghaftigkeit mit dem Leben Eurer Besten bezahlen wollt.**

Proletarier aller Länder!

Wir fordern Euch auf, die Entwicklung der Dinge in Bulgarien aufs aufmerksamste zu verfolgen! Wir fordern Euch auf, alle Untaten, die die siegreiche bulgarische Faszistenclique an dem arbeitenden Volke Bulgariens unter Beihilfe der kapitalistischen Regierungen aller Länder begeht, den breiten Massen mitzuteilen und gegen die Regierung der Mörder in Sofia zu mobilisieren! **Das Signal von Sofia spricht zu Euch in einer ebenso deutlichen Sprache wie das Signal von Rom.** Die Arbeiterklasse aller Länder ist in Gefahr! Wißt es und bereitet Euch zur Abwehr vor!

Nieder mit den faszistischen Banden, den Söldlingen des Kapitals!

Nieder mit den Staatsstreichlern, Militaristen und Wucherkapitalisten von Sofia!

Es lebe die bulgarische Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Es lebe die Föderation der Arbeiter- und Bauern-Regierungen!

Es lebe die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse im Kampfe gegen die faszistische Gefahr!

Die Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230706-19/fragment/page=0002

Der Papst befiehlt

Entgegen dem Vorschlag der Sozialdemokraten, die eine große außenpolitische Debatte im Reichstag forderten, um dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, jede Beteiligung an den Sabotageakten im Ruhrgebiet feierlichst abzuschwören, wird die Sache im Reichstag nicht zur Sprache gebracht werden. Die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien hat das abgelehnt, um einem „Reichstagszank", wie die „Zeit" sagt, aus dem Wege zu gehen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Rechtsparteien eine derartige Abschwörung nicht widerspruchslos zur Kenntnis nehmen würden und es könnten bei dieser Gelegenheit gar unliebsame Dinge an den Tag gefördert werden. Es wäre gewiß wünschenswert, sagt die „Zeit", wenn unsere parlamentarische Technik beweglich genug wäre, um dem Reichskanzler Mitteilungen und Feststellungen zu gestatten, die einem gerade gegebenen praktischen Bedürfnis gerecht werden.

„Das praktische Bedürfnis" wäre in diesem Falle die Erfüllung des Befehls des Papstes, der seinen Nuntius beauftragte „energische Schritte zu unternehmen, daß die dortige Regierung alsbald einen solchen verbrecherischen Widerstand verurteilt."

Die „energischen Schritte" sind unternommen worden: Nuntius Pacelli kam nach Berlin und verhandelte vorgestern und gestern stundenlang mit Cuno, dann fand eine Sitzung des Reichskabinetts und des preußischen Kabinetts statt, dann tagte der Aeltestenausschuß des Reichstages.

Ergebnis: Es wird eine „Erklärung" der deutschen Regierung herausgegeben werden.

Die „Voss. Zeitung" von gestern abend drückt den dringenden Wunsch aus, daß diese vom Papst bestellte „Erklärung" nicht etwa den berüchtigten „Dementis" der weiland kaiserlichen Regierung gleichsteht, die jede Verbindung mit „ähnlichen Bombenanschlägen während des Krieges in Nordamerika" ableugnete. Wogegen sich „später herausstellte, daß tatsächlich Vertreter dieser Regierung mit den Attentätern in sehr naher Verbindung gestanden haben, und diese sich jedenfalls der Unterstützung gewisser offizieller deutscher Persönlichkeiten erfreuten".

Die Redaktionsarbeit, die in diesem Augenblicke, also in der Wilhelmstraße, vor sich geht, die Abfassung einer „Erklärung" über die theoretische und praktische, moralische, technische und sonstige Stellungnahme der Reichsregierung zum Dynamit im Ruhrgebiet, ist keine leichte.

Man darf gespannt sein, auf Form und Inhalt dieses neuesten Erzeugnisses unserer diplomatischen Eierkänzer.

Faszistische Mobilmachung

Das Frankfurter SPD.-Organ, die „Volksstimme", bringt folgende Enthüllungen:

Im Aschaffenburger Bezirk werden zurzeit regelrechte Mobilmachungsvorbereitungen getroffen, es werden Stammrollen angelegt und die Waffenverteilung vorgenommen. Den Vaterländischen Verbänden der einzelnen Orte, insbesondere den Vorsitzenden des Bundes „Bayern und Reich", gehen seit über einem Monat Stammrollenformblätter zu. Dem Stammrollenformular liegt ein Begleitschreiben bei über eine Personal- und Ausrüstungs-Nachweisung. Darin heißt es u. a.: Es ist erwünscht, daß jeder Angehörige sich möglichst selbst ausrüstet und kriegsbrauchbar bekleidet, überzählige kriegsbrauchbare Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke, Waffen und anderes mitbringt. All diese mitgebrachten Gegenstände werden von der Militärbehörde abgeschätzt, angekauft und zur Ausrüstung anderer Freiwilligen verwendet. (!) Ebenso sollen alle in einer Gemeinde vorhandenen kriegsbrauchbaren Waffen und Ausrüstungsgegenstände ersatzt, den Beobachtungsgruppen zur Verwendung und zum Ankauf zugeführt werden.

Die militärische Aufgabe der Organisation des Aschaffenburger Bezirks ist es, neben der Niederhaltung der Arbeiterschaft im Bezirk, bei beginnendem Umsturz die völlige Abriegelung Bayerns gegen Hessen und Preußen, besonders aber gegen Hanau, dessen Arbeiterschaft man besonders fürchtet. Genaue Pläne zu diesen Aufgaben liegen vor.

Die Bewegung bleibt aber nicht nur auf Bayern beschränkt. Sie greift nach Hessen und Preußen über. In Frankfurt a. M. ist der Touristenklub „Freiwild", der völlig nationalsozialistisch ist. Gleiche Ortsgruppen wie in Frankfurt bestehen auch in Hanau, Gießen, Nauheim, Friedberg, Darmstadt und Marburg. Die Uebungen dieser Ortsgruppen finden ständig in Bayern (Spessart) statt. Bayern ist Manövergelände und Aufmarschland.

Angesichts dieser Tatsachen gibt es für die Arbeiterschaft nur eins: Bereit sein zum Gegenhieb!

*

Das sagt ein sozialdemokratisches Blatt. Wenn jedoch die Arbeiterschaft ernst macht mit der Abwehr der faszistischen Gefahren, dann fällt das SPD.-Führertum dem Proletariat in den Arm und sucht die Gefahren als minder groß darzustellen. Die Arbeiter dürfen sich nicht mehr nasführen lassen. Der Aufmarsch der Konterrevolution muß gründlich gestört werden trotz aller Beschwichtigungsversuche sozialdemokratischer Würdenträger.

Der unverschämte Helfferich

Auf der Tagesordnung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen gab Helfferich u. a. folgende Geistesblitze zum besten:

„. . . Die Vorwürfe gegen die Industrie, daß sie der Reichsbank Goldmittel entnehme und sie zu einem niederen Werte zurückzahle, sei hinfällig, wenn man bedenke, daß der Vertrag der privaten Girokonten usw. höher ist als die Wechselkredite der Industrie. Daraus ergebe sich, daß die Wirtschaft die Reichsbank nicht nur nicht ausnutze, sondern sogar noch ihr Gläubiger sei. Ein Einstellen der Notenpresse würde es der Regierung unmöglich machen, Arbeiter und Beamte zu bezahlen und eine Hungerrevolution, mit der die russische nicht zu vergleichen wäre, würde die Folge sein . . .

Auch die Steuereinziehung von den Arbeitnehmern verlange eine Reform. Kein Arbeiter zahle heute in Wirklichkeit Steuern, da diese Steuern bei den Lohnverhandlungen bereits berücksichtigt werden . . ."

Diese hanebüchenen Dreistigkeiten kann Herr Helfferich nur wagen, weil die deutsche Arbeiterschaft ernsthaft noch keinen Finger gerührt hat, um den Herren Sachwertbesitzern an den Kragen oder vielmehr an den Beutel zu gehen.

Französische Blutjustiz

WTB. Düsseldorf, 5. Juli.

In Abwesenheit des Verteidigers verwarf das Revisionsgericht der französischen Rheinarmee hier nach kurzer Verhandlung die Revision der wegen angeblicher Sabotage zum Tode verurteilten Reben Angeklagten und der beiden zu Freiheitsstrafen Verurteilten.

Vom Ruhrkrieg

Die Franzosen stehlen Kohlen

Essen, 6. Juli.

Die französischen Truppen, die am 1. Juli auf dem Krupp'schen Lagerplatz Segeroth eingetroffen sind, halten die Kohlenhalden noch besetzt und treffen Vorbereitungen, die Bestände abzuräumen. Es handelt sich um zirka 60 000 bis 70 000 Tonnen Kohlen und Koks, durch deren Verlust der gesamte Betrieb der Gußstahlfabrik sehr beeinträchtigt wird.

Die Belgier stehlen Zucker

Jülich, 5. Juli.

Die Zuckerfabrik in Ameln wurde durch ein belgisches Kommando besetzt und etwa 40 Waggons Zucker beschlagnahmt.

Der Hungerfeldzug gegen die Bevölkerung

Essen, 6. Juli.

Milchtransporte ins besetzte Gebiet werden nicht hineingelassen. Die Ein- und Ausreise von Geistlichen, die zu Sterbenden wollen, ist verhindert, ebenso Krankentransporte aus einem Gebiet ins andere.

Neue Mordtaten

Essen, 6. Juli.

Der Güterverkehr im hiesigen Bahnhof ist infolge der unsachgemäßen Behandlung der technischen Einrichtungen fast völlig gestört. Die Zeche „Rosenblumendelle" in Heißen wurde gestern besetzt. Die Kohlenhalden werden durch Drahtverhaue vom übrigen Betrieb abgesperrt. Die Belegschaft trat in einen 24stündigen Proteststreik. — In der Nacht zum 4. Juli, zwischen 3 und 4 Uhr, schossen etwa acht bis zehn französische Alpenjäger aus einem niedrigen Waldstrauch heraus in Richtung auf die Walpurgisstraße. Die Gegend in der Nähe dieser Straße wurde abgesperrt. Es konnte jedoch beobachtet werden, daß ein Deutscher getötet und ein anderer schwer verwundet wurde. Beide wurden in Richtung Essen-Recklinghausen abtransportiert.

Erfassung der Sachwerte! Die Reichstagsfraktion der Kommunistischen Partei hat einen **Gesetzentwurf über die Erfassung der Sachwerte durch das Reich eingebracht.** Der Aeltestenausschuß des Reichstages beschloß, diesen Gesetzentwurf in der heutigen Reichstagssitzung auf die Tagesordnung zu setzen. In derselben Sitzung sprachen sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien gegen eine allgemeine politische Debatte im Reichstag aus. Der Regierungsvertreter will auch nichts von einer politischen Debatte wissen, da momentan Verhandlungen zwischen Cuno und dem Papst stattfinden.

Der Rechtsausschuß des Reichstags genehmigte eine Verordnung, die die Einkommensgrenze für Lohn- und Gehaltspfändung auf 6 Millionen festsetzte.

Ein Schanddokument veröffentlicht unsere westdeutsche Presse von der Firma Both & Tillmann, Dortmund, daß diese ehrenwerten Kapitalisten an die Kriminalpolizei absandten. Es werden darin 10 Arbeiter als gefährliche Kommunisten und Mitglieder der proletarischen Hundertschaften denunziert, die bei einem kommunistischen Aufruhr eine Rolle gespielt hätten und gegen die die Polizei nunmehr unbedingt vorgehen solle. Es handelt sich nicht nur um die verlogene Berichterstattung eines bezahlten Spitzelsubjekts, sondern man erkennt hier auch klar das Handinhandarbeiten des Unternehmertums mit den „republikanischen" Behörden und der Polizei bei der Bekämpfung und Niederdrückung der Arbeiterschaft.

Praktische Solidarität üben die Arbeiter des Ruhrgebiets gegenüber den Opfern des Massenstreiks. Am 29. Juni wurden neben anderen Beträgen folgende Summen abgeliefert: Zeche Zollverein 6 bis 9 1 064 350 Mk., Zeche Daimelsberg an 400 000 Mk., Henrichshütte, Hattingen, 353 000 Mk. Die Zentralstreikleitung spracht den opferbereiten Belegschaften im Namen der Verfolgten und Eingekerkerten den Dank aus.

Wachsende Auswanderungslust in Deutschland. Wie das Reichswanderungsamt mitteilt, ist infolge der schlechten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland die Zahl der Auswanderungslustigen ganz enorm gestiegen. An der Spitze stehen Arbeiter mit 60 bis 65 Prozent, es folgen Handwerker mit 15 Prozent, Angehörige des Handels mit 15 Prozent und Angehörige der freien Berufe mit 5 bis 10 Prozent. Als Auswanderungsziel wählen die meisten die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die verschiedenen Länder Südamerikas; doch auch Afrika und Asien nehmen viele als das Ziel ihrer Auswanderung.

Frankreich belohnt seine Mörder und Räuber. Der Ministerrat hat gestern beschlossen, General Degoutte das Großkreuz der Ehrenlegion zu verleihen.

Aus der Partei

Glänzender Erfolg der Werbewoche im Ruhrbezirk

Im Essener Bezirk hatten unsere Genossen bereits Anfang Juni etwa 2000 neue Mitglieder und rund 5000 neue Leser für die Parteipresse gewonnen. Trotz dieser Erfolge ging die Partei in der von der Zentrale angesetzten Werbewoche abermals ans Werk, um die damaligen Erfolge zu erhöhen und zu erweitern. Noch sind bis jetzt nicht alle Berichte aus sämtlichen Ortsgruppen und Unterbezirken eingegangen. Aber immerhin zeigt schon das vorläufige Resultat einen außerordentlich günstigen Aufstieg.

Unterbezirke:	Neue Mitglieder:	Neue Leser:
Duisburg	170	630
Hamborn	515	1339
Dortmund-Hamm	260	950
Bochum	380	1100
Gelsenkirchen	215	900
Buer	320	2340
Essen	190	1370
Zusammen:	2250	8629

Das ist eine Gesamtzunahme allein im Monat Juni von 4250 neuen Parteimitgliedern und 13 629 neuen Zeitungslesern. Wenn man bedenkt, daß diese Erfolge unter der schwersten Notlage des rheinischen Proletariats erzielt werden konnten, dann dürfen wir mit voller Befriedigung feststellen, daß unsere Genossen im Ruhrgebiet ihren Mann gestanden haben und daß die Politik der Partei im Ruhrkrieg die richtige war.

Offener Brief der KPD. in Mecklenburg

Die mecklenburgische Parteiorganisation hat an die sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft in Mecklenburg einen Offenen Brief gerichtet. Darin wird auf den grauenhaften faszistischen Mord in Parchim hingewiesen, durch den die reaktionäre Gefahr in Mecklenburg blitzartig beleuchtet wurde und auf die katastrophale Teuerung, die ein einheitliches Vorgehen aller Schaffenden zur proletarischen Pflicht mache. Es wird zu öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen aufgefordert, die gemeinsam von allen Arbeiterorganisationen einberufen sind, um das Verbot der deutschvölkischen Freiheitspartei endlich auch für Mecklenburg zu erwirken.

Es bleibt abzuwarten, was die Sozialdemokraten darauf zu erwidern haben. Wenn sie auch diesmal versagen — dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Kommunistische Partei den Kampf mit den sozialdemokratischen Arbeitern zusammen gegen die untätigen Führer aufnimmt.

Aus Sowjet-Rußland

Neue russische Getreidesendungen

Wp. Windau, 3. Juli.

Hier ist das Eintreffen von acht Millionen Pud Roggen innerhalb der nächsten beiden Monate angekündigt worden. Deshalb werden die Elevatoren erneuert.

Rußland pachtet den Elevator des Revaler Hafens

Die russische Regierung will Reval als Transitausfuhrhafen für Getreide benutzen und pachtete den Elevator des Revaler Hafens auf zwölf Jahre für eine Jahrespachtsumme von 1 200 000 Estmark. Der Vertrag verpflichtet die russische Regierung außerdem zur Durchführung sämtlicher Ausbesserungen; zum Teil können die dadurch entstehenden Unkosten vertragsgemäß auf die jährliche Pachtsumme verrechnet werden.

Flugzeugankäufe der Ukrainischen Regierung

Die Ukrainische Regierung hat eine Anzahl Dormier-Verkehrsmetallflugzeuge angekauft. Das erste Fahrzeug der Serie, das dem Typ „Komet" angehört, flog am letzten Sonnabend von Königsberg nach Moskau und traf dort am gleichen Tage ein.

Ausland

Die Kriegsrüstungen Englands

London, 6. Juli.

Der Kriegsminister Lord Derby teilte in einer Rede anläßlich eines militärischen Preisschießens mit, daß nicht beabsichtigt sei, die britischen Streitkräfte noch weiter zu vermindern, denn die gegenwärtige Truppenstärke stelle bereits etwa das Mindestmaß dessen dar, was die nationale Sicherheit zulasse.

Frankreich und die deutschvölkischen Hochverräter

Paris, 6. Juli.

In der gestrigen Nachmittagssitzung der Kammer warf der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin erneut die Frage auf, ob es zutreffe, daß die französische Regierung die separatistischen Agenten im Rheinland und die royalistischen Agenten in Bayern subventioniert habe. Der die Regierung vertretende Minister für die befreiten Gebiete Reibel erwiderte, daß eine Beantwortung der Fragen durch den Ministerpräsidenten zurzeit nicht möglich sei, daß er aber die dahingehenden Behauptungen aufs entschiedenste dementieren müsse.

Amnestie in Aegypten

London, 6. Juli.

Reuter meldet aus Kairo: Anläßlich der Aufhebung des Belagerungszustandes wurden 300 politische Gefangene begnadigt.

Gewerkschaftsbewegung

Fünffache Maigehälter im Bankgewerbe

Gestern wurde zwischen den Tarifparteien des Bankgewerbes über die Julibezüge vereinbart, daß eine für Juli zu erwartende Teuerung in Höhe von 37,5 Prozent durch Verfünffachung der Maibezüge abgegolten wird. Für den Fall, daß die Teuerung größer ist, soll eine Nachzahlung erfolgen.

Neue Löhne im Bergbau

Berlin, 6. Juli.

Zur Regelung der Löhne für den Kohlenbergbau im unbesetzten Gebiet ist im Reichsarbeitsministerium auf Wunsch der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ein Schlichtungsausschuß zusammengetreten, der vom 9. Juli ab eine Lohnerhöhung von 50 % festgesetzt hat. Die Lohnerhöhung beträgt danach im Durchschnitt einschließlich einer Erhöhung des Haushalts- und Kindergeldes für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau 30 800 Mk., **für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau** (Kernreviere) 27 900 Mk. je Schicht. Die Verhandlungen für den Bergbau der besetzten und Einbruchsgebiete werden in den Revieren selbst geführt.

Planmäßige Zerstörung des Bergarbeiterverbandes

Soeben geht uns ein Rundschreiben zu, welches die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes Oberschlesiens an die einzelnen Zahlstellen erläßt. Das Rundschreiben enthält u. a. die Fragen:

„Welche Mitglieder haben sich am Streik beteiligt? Wieviel Mitglieder waren in den Streikleitungen tätig? Wieviel Mitglieder erklären sich nicht einverstanden mit der Linie des Bergarbeiterverbandes? Wieviel Mitglieder haben Streikbrecher von der Arbeit abgehalten? Wieviel Mitglieder haben die Führer des Bergarbeiterverbandes angegriffen?

Was bezweckt diese Fragestellung? Wollen die Husemänner und Konsorten aus dem einst so stolzen Bergarbeiterverband ein völliges Trümmerfeld machen, indem sie die besten und klassenbewußtesten Elemente ausschließen? Wir hoffen, daß ihnen dieses Bubenstück nicht gelingen wird, sondern wir sind der Auffassung, daß ihre Verräterrolle bald ausgespielt ist. Das Bergproletariat wird sie dahin befördern, wo sie hingehören!

Technische Nothilfe bei der Post

Das die deutsche Republik systematisch Streikbrecher züchtet, ist keine Neuigkeit mehr. Neuerdings scheinen aber die Bemühungen besonders in den Staatsbetrieben wieder lebhaft zu werden, wie verschiedene Vorgänge bei der Reichsbahn und bei der Post bewiesen. Anscheinend finden die Behörden immer noch nicht genug Streikbrecher, so daß sie durch günstige Bedingungen einen Anreiz auf die Beamten ausüben müssen. Einem uns vorliegenden Rundschreiben aus einem Berliner Postamt entnehmen wir Verfügungen über Notbetrieb im Falle **einer Arbeitsniederlegung:**

„Alle Beamten und Hilfskräfte, die zur Aufrechterhaltung eines Notbetriebes bei der Postverwaltung tätig sind, sind für die Dauer dieser Tätigkeit gegen die Folgen körperlicher Unfälle, die ihnen hierbei zustoßen, versichert. Daneben bleiben die sonstigen Versorgungs- und Versicherungsansprüche in vollem Umfange bestehen. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch . . . auf die Folgen von Racheakten, die außerhalb der dienstlichen Tätigkeit begangen werden."

Wir bezweifeln, ob sich trotz dieser neuen Versicherung gegen alle möglichen Schäden Streikbrecher finden werden. Denn die Beamten haben inzwischen auch sehen gelernt und wissen, wo der Feind steht.

Ausbreitung des englischen Dockarbeiterstreiks

WTB. London, 5. Juli.

Die Zahl der im Streik befindlichen Dockarbeiter in englischen Häfen hat sich auf 40 000 erhöht.

Vom Tage

Millionenstrafe für einen Wucherer. Der Kaufmann Wührig in Aschersleben, der 400 Zentner Zucker und große Mengen Monopolbranntwein zurückgehalten hatte, um sie später, wie die Anklage behauptet, mit großem Gewinn weiter zu verkaufen, wurde vom Gericht in Halle zu 50 Millionen Mark Geldstrafe und Beschlagnahme sämtlicher Waren verurteilt. Die noch vorgefundenen Waren haben einen Wert von 200 Millionen Mark.

Ein prähistorischer Fund. Bei Ausschachtungsarbeiten in Recklinghausen stieß man auf ein Pferdeskelett, das aus der Eiszeit stammt und vermutlich 30 000 Jahre alt ist.

Hiller endlich inhaftiert. Der frühere Oberleutnant der Reserve Hiller, der wegen Mißhandlung gegen untergebene Soldaten zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, verbüßt, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, die Strafe seit dem 2. Juli 1923, also erst nachdem in der Presse wiederholt auf die merkwürdige Tatsache hingewiesen wurde, daß der Brave noch immer in Freiheit herumlaufe.

500 Millionen gestohlen. Einem Amerikaner wurden gestern aus dem Zimmer seines Hotels Schmucksachen im Werte von über 500 Millionen Mark gestohlen. Der Täter, der sich ebenfalls in dem Hotel einlogiert hatte, hatte erzählt, daß er aus dem besetzten Gebiet käme. Während der Amerikaner im Speiseraum saß drang der Dieb zusammen mit einem Freunde in das Zimmer des Amerikaners ein, erbrach die Koffer und verschwand. Bisher fehlt jede Spur von ihm.

Zwei jugendliche Defraudanten werden wieder von der Berliner Kriminalpolizei gesucht. Ein Lehrling hatte für seine Firma in der Alexanderstraße 16 Millionen Mark abgehoben, mit denen er das Weite suchte. Ein 17 Jahre alter Kassenbote hatte für seine Firma in der Dorotheenstraße 8½ Millionen Mark einkassiert. Mit dem Gelde in der Tasche ging er zunächst nach Hause, kleidete sich dort um, sagte, daß er noch einen geschäftlichen Gang zu erledigen habe und ist seitdem flüchtig.

Eine Handtasche mit 12½ Millionen österreichischen Kronen ist eine Dame abhanden gekommen, die in dem Hotel „Bristol" Unter den Linden, wohnt. Die Dame hatte eine Droschke benutzt und die Tasche wahrscheinlich im Wagen liegen lassen. Der Chauffeur des Wagens konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230706-19/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Kommunistische Metallarbeiterfraktion. Montag, 9. Juli, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Fraktionssitzung.**

Fraktion der Bauarbeiter. Sonnabend, 7. Juli, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Vorstandssitzung und Listenabrechnung.**

Alle Kommunisten der Arbeiter-Sportvereine erscheinen zu einer wichtigen Besprechung am Dienstag, dem 10. Juli, abends 8 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft".

Kommunistische Mitglieder des Allgemeinen Konsumvereins. Mittwoch, 11. Juli, ½8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Sitzung.** Vortrag des Gen. Mendorf.

Halle-Saalkreis

Rattmannsdorf. Sonnabend, 7. Juli, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Mansfelder Gebirgskreis

Molmeck. Sonnabend, 7. Juli, im Gasthof Kolbe: **Oeffentliche Versammlung.** Referent Genosse Kilian (Halle).

Kreis Wittenberg

Schmiedeberg. Sonnabend, 7. Juli, abends 8½ Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentliche Versammlung.** Referent Genosse Preßler (Halle).

Kreis Bitterfeld

Zörbig. Sonnabend, 7. Juli, 8½ Uhr, im „Dorotheenhof": **Wichtige Versammlung.**
Crina. Sonnabend, 7. Juli, 8 Uhr, im Lokal Zimmermann: **Oeffentl. Versammlung.**

Kreis Torgau

Annaburg. Sonnabend, 7. Juli, abends 8 Uhr: **Vortragsabend.**

Kreis Liebenwerda

Liebenwerda. Sonnabend, 7. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentliche Versammlung.** Referent Landtagsabgeordneter Georg Schumann (Halle).
Coßdorf. Sonnabend 7. Juli, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**
Prestewitz. Sonntag, 8. Juli, nachmittags 2 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent Genosse Preßler (Halle).

Kreis Weißenfels

Teuchern. Sonntag, 8. Juli, nachm. 3 Uhr, im „Grünen Baum": **Mitgliederverf.**

Kreis Zeitz

Haynsburg. Sonnabend, 7. Juli, abends 6½ Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Sangerhausen

Roßla. Sonnabend, 7. Juli, abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Sonne": **Mitgliederversammlung.** Referentin Genossin Köhler (Sangerhausen).

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, **tun dies unbedingt** in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, **die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält.** Auch können Schreibwaren aller Art von uns bezogen werden.

Vereine

benötigen

Drucksachen!

Bestellt dies. bei der **Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14**

Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor.
Jed. Mittwoch, ab. 8 U., i. „Volkspark": **Singestunde.**

Frauen- und Mädchen-Chor.
Jed. Donnerstg., ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Die Naturfreunde.
Heim: Weidenpl. 20.
Zahlabend: Freitag, v. ½8—10 Uhr.
Jed. Dienstag, ab. 7½ Uhr, f. Gruppe Nord: Wittekindschule (Friedenstr.), Mitte: Heim, Laurentius- und Ecke Breitestraße, Süd: Torschule, Zim. 52.
Heute, i. Stadtheim, Weidenpl. 20 Zahlabend.
Sonntag - Wanderungen:
Norden: Tageswanderung n. d. Knabend. Teichen. Ab: Sonntag, früh ½7 Uhr v. Rannisch. Platz.
Mitte: Dübener Heide. Ab Sonnabend 3.14 Uhr.
Süden: Dübener Heide. Ab Sonnabendnacht 1.26 U. Kinderferienfahrt.
Abfahrt Sonntag früh 7.45 U. Die Kinder müssen um 7 Uhr auf dem Bahnhof sein.

Ferienh.-Genossenschaft „Naturfreunde" Zahlstelle Halle.

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet Ortsgruppe Halle.
Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.).
Heute, ½8—8 Uhr: Kassenstunde. Von 8 Uhr an Mitgl.-Versammlung.

Arb.-Samar.-Kol. Halle
Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V.
Dienstag, d. 10. Juli, a. d. Sandanger: Gelände - Uebung. Anfang 8 Uhr.
Am Sonntag beteiligen sich alle Mitglieder am Umzug des Allgem. Konf.-Vereins.

I. Hall. Mand.-Orchest.
Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde.

Proletk. Kultur-Vereinig., Halle.
Lokal: „Lüder. Berg".
Sonnabd., ½8 Uhr, in „Lüderitz Berg": Mitgl.-Versammlg.
Sonntag, nachmitt. ½2 Uhr: Tour. Treffpunkt: Ausgang Kröllwitz, Ecke Dölauer- u. Kröllwitzer Str. Instrumente mitbringen.
Dienstag, nachm. v. 5-7 Uhr, in „Lüderitz Berg": Kindergruppe.
— ½8 Uhr, i. „Lüderitz Berg": Diskussions-Abend.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle.
Sonntag, d. 8. Juli: Gausternfahrt nach Oberröblingen.
Abf.: 9 Uhr vom Hettstedt. Bahnhof.

D. Arb.-Abstin.-Bund.
Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zinsgartenstraße 15.
Bibliothek: Bücherausgabe jed. Montagnachm. 5-6 Uhr.
Sonntag: Jugend-Wanderung ins Blaue. Treffpunkt: Hallmarkt, 2 Uhr.
Montag, ab. 7 Uhr: Musikgruppe.
Mittwoch, 7 Uhr: Arbeitsgemeinschft.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S.
Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B.
Uebungsstunden im Florabad: Dienstags und Freitags von 6—8 Uhr für sämtl. Abteilungen.
Sonnabend, 7. Juli, abends 7½ Uhr, in der Produktiv-Genossensch.: Mitglied.-Versammlg.
Sonntag, d. 8. Juli: Vorrundenspiel um die Kreismeisterschaft des 2. Kreises in Wernigerode. Halberstadt gegen Halle. Sonntg. früh 7.30 Uhr, trifft sich die 1. Mannschaft am Hauptbahnhof.

Kom. Kindergruppe.
Heim: Rathausst. 16
Sonntag, nachmitt. ½2 Uhr: Treffen zum Waldfest des Allgem. Konf.-Ver. auf der Bischofswiese. Gr. Nord: Wett. Platz. Zentrum: Hallmarkt. Gr. Süd: Rannisch. Platz. Abmarsch d. Gruppen u. 2 Uhr. Junge Genossen!
Von der JAKW. bei Gen. Kroh sofort abrechnen.

Kom. Jugend, Halle.
Rathausstraße 16.
Heim geöffnet von 6—8 Uhr.
Heute, ab. ½8 Uhr, Gruppen Nord u. Zentrum: Gemeinsamer Gruppenabd. i. d. Brunnenschule.
Sonnabend, 8 Uhr: Zehnersch.-Kassier. Material abrechnen und in Empfang nehmen.
Sonntg.: Teilnahme am Genossenschaftstage. (Siehe Anzeigenteil.)

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Cröllwitz
Vereinslol. Lindenhof
Uebungsstunden. Gesangs-Abteilung Mittwochs von 8 bis 10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr.
Jugd.-Mand.-Abt.: Donnerstag von 7—9 Uhr.

Trotha

Arb.-Bildungs-Verein, Trotha
Lokal: Troth. Ballsäle.
Dienstag, 8 Uhr: Dramat. Abteilg.
Dienstag, 8 Uhr: Jugend-Abteilung.
Mittwoch, 8 Uhr: Gesangs-Abteilg.
Freitag, 6 U.: Kinder-Mandol.-Abtg.
Freitag, 8 U.: Jgd.-Mandol.-Abteilg.
Sonnabend, 8 Uhr: Vorstands-Sitzung
Sonntag, morgens 8 Uhr, Mandolin.-Abtlg., Gr. Brunnenstraße: Zur Demonstration.
Sonntag, ½3 Uhr: Abmarsch des Gesamtvereins vom „Kaffeegarten" nach der Bischofswiese.

Goldwerte für Papiermark!

Um das Doppelte sind die Preise in den ersten Julitagen gestiegen, weitere Preiserhöhungen stehen bevor. Legen Sie Ihre Papiermark in Goldwerte an. Die beste Anlage ist und bleibt Wäsche aller Art, denn diese braucht man immer.

Sonnabend, Montag, Dienstag und Mittwoch
veranstalte ich noch einmal

4 Sonderverkaufstage!

Zum Verkauf kommen, soweit Vorrat:

Bettbezüge, weiß, mit 2 Kissen	275,	250,	240,	225,	**195**	Tausend
Bettbezüge, bunt, mit 2 Kissen	350,	325,	300,	275,	**225**	Tausend
Linon- u. Stangenleinen-Bezüge m. 2 Kissen	450,	400,	350,	325,	**300**	Tausend
Bettlaken		145,	125,	110,	**95**	Tausend
Inlett, Bettbreite		90,	78,	75,	**60**	Tausend
Inlett, Kissenbreite			45,	39,	**35**	Tausend
Handtücher	18,	16,	14,	12,	**10**	Tausend
Wischtücher			18,	16,	**12**	Tausend

Damenwäsche.

Taghemden	65,	62,	56,	50,	48,	45,	**39**	Tausend
Beinkleider		62,	54,	48,	39,	32,	**28**	Tausend
Untertaillen					18,	15,	**12**	Tausend
Nachtjacken				60,	52,	45,	**36**	Tausend

Prinzeßröcke, Hemdhosen, Nachthemden.
Garnituren noch sehr preiswert.
Knaben- und Mädchenhemden und -Hosen billigst.

Für Herren noch am Lager:
Mako-Hemden, -Hosen und -Jacken, Normal-Hemden und -Hosen, Einsatzhemden, Socken.
Barchenthemden . . . . 76, 65, 58, **45** Tausend.

Erstlingswäsche billig!

Dies ist mein **letztes Juli-Angebot**, benutzen Sie die Gelegenheit, Sie werden dankbar sein.

Martin Rosenthal, Schmeerstr. 5 eine Treppe,
im Hause der Firma F. H. Krause. 3340

Stadt-Theater
Sonnabend, abends 6½ Uhr:
Götterdämmerung
Sonntag, abends 7½ Uhr:
Eine Nacht in Venedig 3334

Damentaschen 210
Ia. Leder, billigst nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Oberhemden, Einsatzhemden, Winterhemden, Makohemden, Makohosen, Unterjacken,

Herrensocken, Damenstrümpfe, Westengürtel, Hosenträger, Sockenhalter, Krawatten, Taschentücher.
Dauerwäsche-Vertrieb, 3342
Kleiner Berlin 2

Kegelklub „Fidele Holzköppe"
Unser
1. Sommervergnügen
3336 findet bestimmt am
Sonnabend, dem 7. Juli,
im „Hardenberg-Kasino" statt.

Schulbücher
empfehlen die
Volksbuchhandlung.

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Achtung!

Nur allein wir sind in der Lage, Ihnen wirklich reelle Preise zu bieten und zahlen bis auf weiteres für

Wolle . . . . per Kilo **13000** Mk.
Lumpen (mit Wolle) . . . . per Kilo bis **3000** Mk.
Bücher, Zeitungen . . . per Kilo **1000** Mk.

Felle
nach wie vor mehr als Konkurrenz schreibt.
Außerdem kaufen wir sämtliche
Alt-Metalle, Alt-Eisen, Wein- und Sektflaschen.

Curt Zöhl, Inhaber: **Walter Zöhl.**

Hauptgeschäft: **Schwetschkestraße 36, Ecke Bertramstr. Tel. 1356.**
1. Filiale: **Königstraße 15, Ecke Landwehrstraße. Tel. 2812.**
2. Filiale: **Kleine Ulrichstraße 26 (im Hofe). Tel. 4995.**
3344

Eisleben.

Eisleber Lichtspiele.
Charles Hutchinson, der amerikanische Harry Piel in:
Die lebende Brücke.
4. Teil von **„Der Wirbelwind".**
6 sensationelle, hochinteressante und spannende Akte.
Ab nächsten Freitag, der 5. u. letzte Teil:
Die Schrecken des Löwenkäfigs.
Ferner heute
Bräutigam auf Kredit.
Ein hervorrag., pikantes Ausstattungslustspiel, ein Liebesspiel in 5 Akten aus vergangenen Tagen. 483

Getragene gebrauchte Sachen
Wäsche, Anzüge, Uhren, Ringe, Ketten, Schuhe, Musikinstrumente, Nähmaschine, Grammophon, Damensachen usw. usw.
kauft und verkauft 399
Hilbert, An- und Verkauf, **Breiter Weg 75.**

Vereine

Arbeit.-Sportvereinigung „Ludwig Jahn", Eisleben.
Dienstags u. Freitags 8—10 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr: Turnstunde.
Donnerstags 8—10 Uhr: Frauenabtlg.
Jed. Sonntag nach d. 15. i. „Volksh.": Monatsversammlg.
Schwimmabteilung: Jed. Sonntag nach dem 1. i. „Bürgergarten": Versammlg.

Gemischter Chor, Eisleben
Dienstag u. Freitag: Singestunde. 475

Deutsch. Baugewerksbund Baugewerkschaft Eisleben
Jeden 2. Freitag i. Monat, nachm. 5 Uhr, i. „Volkshaus": Mitgliederversammlg.

Deutsch. Bergarbeiterverband, Eisleben.
Zahlstelle i. „Volkshaus" b. Kollegen Hendrich. 472

Deutscher Metallarbeiterverband, Eisleben.
Zahlst.: O. Springhetti, Bäckergasse 12, II. 470

Freier Sängerchor
Vereinsl.: „Volkshaus"
Jed. Freitag, abends 8 Uhr: Singestunde. Sangeslust. Genoss. stets willkommen

Internat. Bund d. Kriegsopfer, Ortsgr. Eisleben.
Jeden Donnerstag: Beratungsabend.
Jeden 1. Montag, nach dem Monatsersten: Mitgliederversammlung. 476

Arbeit.-Samarit.-Kolonne Eisleben.
Jed. Sonntag vorm. Uebungsstunde im Jugendheim unter ärztlicher Leitung.

Arb.-Samarit.-Kol. Hettstedt u. Umg.
Jeden Donnerstag von 8—10 Uhr in d. Turnhalle Burgörner-Neudorf: Uebungsstunde. Tel. 276, Hettstedt.

Frauenduschen, Doppelklisos, Spülmittel, Menstruationstropfen und -Tee. 258
Ernst Gärtner Eisleben, Breiter Weg 8.

Wittenberg.

Palast-Theater Lichtspiele u. Varieté.
Freitag, den 6., bis Sonntag, den 8. Juli 1923!
Das große Weltstadtprogramm:
Die Insel d. Verschollenen.
Ein sensationelles Abenteuer in 5 Akten mit **Hanni Weiße und Erich-Kaiser-Titz.**
Das Recht der Jugend.
Drama in 5 Akten, in der Hauptrolle **Olaf Fönß.**
Auf der Bühne:
Fräulein Eva Beters, Kunsttänzerin.
Hugo Geyer, Instrumentalkomiker. 663
Sonntag, den 8. Juli, nachmittags 4 Uhr:
Große Jugendvorstellung
mit Varieté-Einlagen.
Beginn d. Vorstell.: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Um zahlreichen Besuch bittet **Die Direktion.**

Lichtspiel-Theater.
Freitag bis Montag
Das prächtige Doppelprogramm:
Das Geheimnis des Klosters.
Sehr spannendes Schauspiel in 5 Akten, nach einem polnischen Roman.
Könnyved, der große Unbekannte.
Ein erstklassiger Abenteuerfilm in 5 Akten mit **Patry, Xenia Desni, Götzke, Picha, Peterhans, Junkermann, Maria Zoresku.**
Keine erhöhten Preise. 662
Infolge der hohen Filmmieten und der 50% städtisch. Lustbarkeitssteuer bleibt mein Theater von Dienstag, den 10. Juli, an bis auf weiteres geschlossen.

F.-C. „Sportfeunde"
Kleinwittenberg-Piesteritz.
Freitag, den 6. Juli, abds. 7½ Uhr, im Vereinslokal (Witwe Siedler):
Außerord. Monatsversammlung.
Tagesordnung wird daselbst bekanntgegeben. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
660 **Der Vorstand.**

Konsumverein f. Wittenberg u. Umgegend, e. G. m. b. H.
Die Rückvergütungsmarkenkarten u. Mitgliedsbücher sind bis spätestens den 15. Juli in den Warenabgabestellen abzugeben. 659
Der Vorstand.

Möbel- u. Warenhaus, J. Preminger
Jüdenstraße 7. — Telephon 857
Abt. 1: Wohnungs- u. Kücheneinrichtung., kompl. Schlafstub., einz. Möbel jeder Art, Ia. Plüschsofa, Chaiselong. Bettstellen, Matratzen, Kommoden, Stühle, Spiegel, Läuferstoffe, Teppiche.
Abt. 2: Dam.-, Herr. und Kinderbekleidung Hemden aller Art für Herren u. Dam., Röcke, Blusen, Strümpfe, Kleider, Bettbezüge u. Bettwäsche, bunt und weiß, Handtücher, Gardinen, Bettfedern,
Inlett, Drilliche, Hemdentuch, Winter-Joppen, Hosen usw. 658
Ulster, Manchester-, Militär- und Pilot-Joppen und Hosen.

Kommunistische Literatur
zu haben bei
O. Meusel, Juristenstr. 11.
— **Telephon 329.** —

Das Wetter
ist jetzt zum Streichen — günstig und —
die Preise
sind es auch noch, denn weitere Verteuerung in nächster Zeit ist sicher; ich empfehle:
Oel-, Leim- u. Kalk-Farben
in brillanten Farbtönen.
Lacke
für alle möglichen Zwecke.
Emaillen, Lackfarben, Fußboden-Lackfarb., Schablonen, Pinsel u. Bürsten u. andere — Bedarfs-Artikel. —
Firnis
661 satzfrei, gut trocknend.
Farben-Thiele
Spezialgeschäft, Jüdenstraße 4.

Vereine.

Allg. Sängerchor, Wittenberg.
Montag 7 Uhr: 642 **Singestunde** d. Frauenabteilung.
Donnerstag 7 Uhr: **Singestunde** d. Männerabteilung.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität",
Ortsgr. Wittenberg.
Jeden Mittwoch nach d. 15. d. Mts., abends 7 Uhr, bei Freudenberg: 640
Mitglieder-Versammlung.

Arbeit.-Turn- u. Sportverein, Wittenberg.
Jed. Dienstag, nach d. 15. i. Freudenbergs 646 Lokal:
Mitgliederversammlg.

Mieterschutzverein, Piesteritz - Kleinwittenbg
Jeden Mittwoch, abend 7—8 Uhr, bei Gen. Barth, Piesteritz, Coswigerstr. 17: Beratungsstunde.
Jeden 1. Donnerstag im Monat: 645 Mitgliederversammlg. im „Volksheim".

Allg. Sängerchor. Kleinwittenberg-Piesteritz. 643
Freitag, abds. 7 Uhr: **Singestunde** im „Volksheim."

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität",
Ortsgruppe 648 Kleinwittenbg.-Piesteritz
Jeden Donnerstag n. d. 15. abds. 6 Uhr, im „Elbhafen": **Mitgl.-Versammlung.**

Mandolinen-Verein „Askana", 41
Kleinwittenbg.-Piesteritz
Jeden Freitag im „Schützenhaus": **Uebungsstunde**

Arb.-Samarit.-Kol., Piesteritz.
Jeden Dienstag abd. 7½ Uhr: 644 **Uebungsstunde** im „Volksheim."
Fernruf für Krankenwagen **Nr. 343.**

Annaburg.

Arb.-Gesangverein „Konkordia" 617
Dienstag: Männerchor
Mittwoch: Frauenchor
Singestunde

Lichtspiele Piesteritz.
Freitag bis Montag:
Die Rätsel Afrikas in 5 Teilen.
1. Teil: **Die Tochter der Löwengöttin.**
Außerdem: **„Er", Harald Lloyd.**
In seiner neuesten Groteske.
Anfang 8 Uhr. 664 Sonntags 6 Uhr.

Geschäftsstelle und Redaktion „Klassenkampf"
für **Wittenberg-Schweinitz** und **Torgau-Liebenwerda.**
Wittenberg, Juristenstraße 11
Telephon 329.

Kolonialwaren, Delikatessen,
in vorzüglicher Qualität. 657
— **Artikel zur Wäsche.** —
Spezialität: Kaffee und Reis.
Karl Hillert u. Klaus,
Piesteritz

Sie müssen doch
mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die Führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum
Inserieren!!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230706-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 6. Juli 1923.

Die Etatskomödie im Stadtparlament

Es gibt noch immer Leute, die sich trotz ihrer Zugehörigkeit zur proletarischen Klasse für den Parlamentarismus als für eine Form der besten Interessenvertretung der verschiedenen Bevölkerungsschichten begeistern können. Obwohl diesen Leuten jeden Tag neue Enttäuschungen bereitet werden, halten sie daran fest, vorzeitigen sie diese Einrichtung, weil sie in den Rahmen der „Demokratie", d. i. die raffinierteste Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung durch die herrschende Klasse, gehört. Erst kürzlich erlebten wir bei der Weiterverpachtung des Gutes Seeben, wie ein nicht geschäftsordnungsmäßig gefaßter Beschluß als zu Recht bestehend von den Vertretern der besitzenden Klasse behandelt wurde. Alle Proteste gegen die diktatorischen Maßnahmen und gegen die Vergewaltigung der damals vorhandenen parlamentarischen Mehrheit der Linken haben nichts genutzt. Der „Beschluß" blieb bestehen. Die Vertreter der besitzenden Klasse kehren sich den Teufel um die Demokratie, wenn ihre Interessen auf dem Spiele stehen. Dasselbe Schauspiel wie bei Seeben erlebten wir jetzt wieder bei der Abstimmung über den Haushaltsplan. Am Montag wurde der Etat mit 29 sozialdemokratisch-kommunistischen gegen 27 bürgerliche Stimmen abgelehnt. Der Etat wäre in der Montagsitzung angenommen worden, wenn nicht drei bürgerliche Vertreter während der Abstimmung ihren Bierdurst in der „Börse" gelöscht hätten. Durch diese Sauferei bekam die Linke trotz der Abkommandierung von sozialdemokratischer Seite eine Mehrheit und der Etat wurde abgelehnt. Der Magistrat hätte nun den Etat nach den Wünschen der Ablehner umgestalten und ihn erneut zur Beratung stellen müssen. Statt dessen aber stellte er den abgelehnten Etat in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten nochmals zur Abstimmung in der Annahme, eine gefügigere Zufallsmehrheit zu bekommen. Daß der reaktionäre Magistrat gar nicht geneigt ist, den Wünschen der Ablehner auf der Linken entgegenzukommen, bewiesen auch die Ausführungen des Bürgermeisters Seydel, der in ziemlich provokatorischer Weise erklärte, daß er bei nochmaliger Ablehnung gar nicht daran denke, den Etat nochmals vorzulegen, sondern ihn einfach dem Bezirksausschuß überweisen werde, so daß dann der Etat zwangsweise durchgeführt werde. Bürgermeister Seydel mag in seinem Auftreten durch das Verhalten der Sozialdemokratie bestärkt worden sein, die in der Sitzung am Montag zwei Stadtverordnete abkommandiert hatte. Er mußte also auf Grund dieser Vorgänge zu der Ueberzeugung kommen, daß es der Sozialdemokratie mit ihrer Opposition gar nicht ernst gemeint war. Tatsächlich ist dem auch so. Denn die Sozialdemokratie hatte es gestern wieder in der Hand, den Etat abzulehnen. Sie hätte ihre Fraktionsgenossen dann allerdings für diese Sitzung verpflichten müssen und nicht zulassen dürfen, daß sich Mitglieder der Fraktion während der Abstimmung herumdrücken konnten. Auch gestern fehlten wieder vier sozialdemokratische Stadtverordnete; einer von ihnen, Radegast, nahm trotz Aufforderung nicht an der Abstimmung teil. Es bleibt also nach wie vor die Tatsache bestehen, daß die Sozialdemokratie die Annahme des Etats begünstigt hat und daß ihre Opposition nichts weiter ist, als eine elende Komödie, die in aller Oeffentlichkeit festgestellt werden muß. Unsere Genossen hingegen waren, wie immer, bis auf den letzten Mann da. Genosse Günther trug noch einmal all die Gründe vor, die die kommunistische Fraktion bestimmen, den Etat abzulehnen. Er geißelte insbesondere in äußerst scharfer Weise die willkürliche Handhabung der Geschäftsordnung durch den Vorsteher, der die Geschäftsordnung solange mißbrauche, bis ein den bürgerlichen Vertretern und dem reaktionären Magistrat passender Beschluß zustande komme. Während Genosse Günther auch dem Parlamentarismus ein paar kräftige Fußtritte versetzte, wurde es auf der rechten Seite sehr unruhig. Der „Demokrat" Winner versuchte durch seine provokatorischen Zwischenrufe den Genossen Günther am Weiterreden zu verhindern. Einige treffende Bemerkungen genügten, um den gewissenlosen Schwätzer zum Schweigen zu bringen.

Nach der Rede des Genossen Günther wurde dann über den Etat abgestimmt. Dafür stimmten 31 bürgerliche und dagegen 29 sozialistisch-kommunistische Vertreter. Der Etat ist also angenommen.

Von den übrigen Vorlagen ist noch erwähnenswert der Kauf- und Tauschvertrag der Stadt mit der Firma Graeb & Söhne. Es handelt sich hier um das Grundstück Taubenstraße-Gommergasse, das nach langwierigen Prozessen in den Besitz der Stadt gekommen und kommunalpolitisch für die Entwicklung derselben von größter Bedeutung ist, jetzt wieder an Privatkapitalisten verschachert bzw. gegen unbrauchbares Oedland für die lächerlich geringe Summe von 35 000 Schweizer Franken eingetauscht werden soll. Selbst der Vertreter der Deutschnationalen hatte Bedenken gegen dieses „Geschäft". Er stimmte aber nachher für die Vorlage. Unsere Genossen wandten sich ganz entschieden gegen dieses „Geschäft" und beantragten schließlich, um die Vorlage zu Fall zu bringen, eine zweite Lesung, während die Sozialdemokraten für eine Zurückverweisung an den Magistrat eintraten, wodurch praktisch die Vorlage angenommen worden wäre. Der Antrag unseres Genossen auf eine zweite Lesung wurde angenommen. Den Bürgerlichen war diese Wendung äußerst unangenehm, da sie alle in die Ferien wollen und an der nächsten Sitzung nicht teilnehmen können. Das Schachergeschäft würde dann, da die Arbeitervertreter keine kostspieligen Badereisen machen können, nicht zustande kommen.

Zum Schluß wurde noch ein dringlicher Antrag der Sozialdemokraten beraten, „daß der Magistrat 10 Millionen in den Etat einstellt zur Ausarbeitung von Plänen für den Ausbau des Bades Wittekind und zur Errichtung einer Mineralwasserfabrik „Wittekindtrunnen" sowie zur Errichtung einer Ziegelei zur Herstellung von Bausteinen, Mörtel und Steinguß". Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Zweifellos stellt dieser Antrag der Sozialdemokraten nur einen Versuch dar, vor den Neuwahlen mit den Arbeitermassen in Fühlung zu kommen.

Die Teuerungsziffer für Halle

Dreifache Steigerung im Juni gegenüber Mai

Nach Mitteilung des Statistischen Amtes beträgt die vom Preußischen Statistischen Landesamt für die Stadt Halle berechnete Teuerungszahl (das heißt der Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung für eine fünfköpfige Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren auf die Dauer von vier Wochen) für den Monat Juni 1923 = 678 042 Mk. Im Vergleich hierzu lautet die Teuerungszahl für Mai 1923 = 299 182 Mk., für Juni 1922 = 3314 Mk.

*

Das ist eine fast dreifache Steigerung der Teuerungszahl gegenüber dem Monat Mai. Die Löhne und Gehälter müßten also im Juni um das Dreifache erhöht worden sein, wenn die Lebenshaltung des Mai auch für Juni bestehen bleiben sollte. In Wirklichkeit aber sind die Mailöhne und -gehälter nicht einmal um das Doppelte erhöht worden, sondern durchschnittlich nur um 60 bis 80 Prozent.

Zur Steuer der Wahrheit

Aus dem Bureau des Metallarbeiterverbandes wird uns geschrieben: In Nummer 153 des „Klassenkampf" vom 4. Juli wird über eine Belegschaftsversammlung der Hüttenwerke, Trotha, berichtet und eine dort angenommene Resolution veröffentlicht. Um Irreführungen zu vermeiden, halten wir uns verpflichtet, folgende Feststellungen zu machen:

Der DMW. war von dem Stattfinden der Versammlung nicht unterrichtet und konnte deshalb keinen Vertreter entsenden, um sich zu den dort aufgestellten Forderungen (Wirtschaftsbeihilfe, Friedensreallöhne) zu äußern. Wir halten letztere grundsätzlich für berechtigt und erkennen an, daß die jetzige Lohnpolitik eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht aufhalten kann. Nur der entschiedene Kampf gegen das Unternehmertum wird eine Besserung zeitigen. Hierfür die Vorbedingungen zu schaffen, ist Sache der sozialistisch denkenden Arbeiter und besonders der Betriebsräte, die die indifferenten Arbeiter den proletarischen Organisationen zuführen müssen. Auf diesem Gebiete ist aber in dem Hüttenwerk, Trotha, sehr wenig oder gar nichts geleistet worden. Die Organisationsverhältnisse sind geradezu kläglich. Von 296 Beschäftigten sind 123 unorganisiert, 102 in anderen freien Gewerkschaften, 62 in der Union der Hand- und Kopfarbeiter, sage und schreibe 9 im DMW., der als einziger Vertragskontrahent für das Hüttenwerk in Frage kommt. Der Vorsitzende des Betriebsrates ist Mitglied des Bäcker- und Konditoren-Verbandes und hat trotz wiederholter Versprechungen die notwendige Umschreibung zur zuständigen Organisation bis heute noch nicht vorgenommen. Auch die übrigen Betriebsratsmitglieder sind fast alle in anderen Verbänden organisiert. Nach unserer Auffassung ist es Pflicht des Betriebsrates und der Belegschaft, hier schleunigst eine Aenderung zu schaffen, damit der DMW. in der Lage ist, die dort bestehenden Mißstände zu beseitigen und auch die in der Betriebsversammlung aufgestellten Forderungen praktisch durchzuführen.

*

Wie wir festgestellt haben, besteht dort eine Betriebsfraktion. Die Mehrzahl der Betriebsratsmitglieder gehört der Kommunistischen Partei an. Wir halten es für unbedingt notwendig, daß die hier kritisierten Zustände von unseren Genossen beseitigt werden.

Die Sozialversicherung in Gefahr

II

Die Leistungen, die das Aenderungsgesetz für die Angestellten- und Invalidenversicherung betreffs der Renten vorsieht, bestehen in einem Grundbeitrage und Steigerungssätzen. Der Grundbetrag der Renten ist für beide Versicherungen auf jährlich 7200 Mk. festgesetzt, hinzu kommen die Steigerungsbeträge, die in der Angestelltenversicherung nach den geleisteten Monatsbeiträgen, und zwar in der Invalidenversicherung nach den geleisteten Wochenbeiträgen, und zwar in der Abstufung nach den 23 Lohn- u. Gehaltsklassen errechnet werden. Die Errechnung der Renten nach den geleisteten Beiträgen stützt sich wie bisher auf das Anwartschaftsdeckungsverfahren unter der Auswirkung der Zusammenbruchs der Markwährung und und lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß auch für die Folge alle Zahlen über spätere Leistungen an die Versicherten auf dem Papier stehen werden, bzw. durch die weitere Entwertung der Mark völlig überholt sind. Das Kindergeld soll in beiden Versicherungen monatlich 500 Mark betragen.

Es ist dann in einem Artikel die Bestimmung festgelegt, daß die Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, deren Renten vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgesetzt sind, also auch die Altrentner, die bisher 780 Mk. monatlich erhalten, eine sogenannte Teuerungszulage von 30 000 Mk. für den ganzen Monat erhalten sollen. Für die Waisenrente ist eine Zulage von 15 000 Mk. vorgesehen. Diese „gewaltige" Teuerungszulage wird aller Voraussicht nach erst ab 1. September gezahlt, weil die Versicherungsanstalten erst durch die Eingänge der erhöhten Beiträge in die Lage versetzt werden sollen, diese lumpige Unterstützung zahlen zu können.

Bei der Beratung des Gesetzes im Ausschuß wurden große theoretische Betrachtungen angestellt über die wertbeständige Anlage des „Vermögens" der Reichsversicherungsanstalt. Die Vertreter der Regierung, insbesondere der Vertreter des Finanzministeriums, waren hierbei ängstlich bemüht, für die Regierung die weitestgehenden Verwaltungsrechte zu sichern, ferner eine Bestimmung im Gesetz festzulegen, wonach die Regierung das Recht hat, 25 Prozent des Gesamtvermögens als Kredite für Reich und Länder in Anspruch zu nehmen. Was diese Kredite in faulen Reichs- und Staatspapieren bedeuten, zeigt die Tatsache, daß die Hunderte von Millionen Mark der Versicherungsanstalten, durch die Beiträge der Arbeiter und Angestellten in Goldmark aufgebracht, während des Krieges in Kriegsanleihen verpulvert worden sind.

Das Aenderungsgesetz kann die kapitalistische Bankrottwirtschaft nicht beseitigen, die Verzögerung einer gründlichen Reform beschwört vielmehr geradezu eine Katastrophe für die gesamte Sozialversicherung herauf, die für die Werktätigen und für die gesamte Volkswirtschaft verheerende Folgen mit sich bringen muß. Kein Arbeiter und Angestellter kann sich in dem Wust von Aenderungsgesetzen, Verordnungen und Notstandsmaßnahmen der Sozialversicherung mehr zurechtfinden.

Die KPD-Fraktion des Reichstages hat immer wieder auf die Gefahren hingewiesen und Vorschläge zu einer gründlichen Reform unserer Sozialversicherung gemacht. Auch bei der Beratung des Aenderungsgesetzes forderte unser Vertreter im Ausschuß, daß die Regierung durch sofortige Bereitstellung ausreichender Reichsmittel für die Versicherungsanstalten Vorsorge treffen solle für die Wiederaufrichtung der Heilfürsorge, um den weiteren Niedergang unserer Volksgesundheit zu verhüten. Ferner wurde gefordert, aus Reichsmitteln ausreichende Zuschüsse zu den Renten zu gewähren, damit die Opfer der kapitalistischen Ausbeutung, die Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, vor dem Hungertode geschützt werden.

Diese Maßnahmen seien sofort notwendig, denn selbst die Eingänge aus den hohen Beiträgen an die Landesversicherungsanstalten würden auf Grund des schwerfälligen Verfahrens vor dem Herbst nicht zur Wirkung kommen. Sodann forderte unser Vertreter eine gründliche Reform in der Sozialversicherung, und zwar in der Richtung daß eine Verschmelzung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung erfolgt auf einer einheitlichen und vereinfachten Grundlage. Die Aufbringung der Kosten soll im Wege der Umlage durch die Unternehmer geschehen. Die sozialen Lasten müssen von der Wirtschaft getragen werden. Die Profitmacher, die ungeheure Gewinne aus dem Mehrwert der Arbeit einheimsen, müssen auch hier, wie in der Unfallversicherung, das Risiko auf sich nehmen.

Der ungeheure Verwaltungsapparat, die hohen Verwaltungskosten und auch die sachlichen Ausgaben würden durch unsere Vorschläge stark herabgemindert werden. Schließlich forderte unser Vertreter volles Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter und Angestellten in der Sozialversicherung, damit die Gewähr gegeben ist, daß die sozialen Pflichten im Interesse aller Werktätigen gründlich und gerecht durchgeführt werden.

Die bisherigen Verhandlungen im Reichstag haben gezeigt, daß die kapitalistischen Parteien und ihre Repräsentanten in der Regierung diese Forderungen nicht erfüllen wollen, selbst keinen Ausweg finden und somit den Zusammenbruch nicht verhüten können. Auch die Sozialdemokraten haben trotz der ernsten Gefahr diesen unheilvollen Weg beschritten und sich dadurch für alle Folgen mitverantwortlich gemacht. Es ist Aufgabe der Arbeiter und Angestellten, zu diesen Fragen innerhalb ihrer Gewerkschaften Stellung zu nehmen und den Kampf vorzubereiten gegen eine Gefahr, die die Existenz der Arbeiterschaft für die Gegenwart und Zukunft schwer bedroht.

Zahlung eines dritten Scheckvorschusses auf die erhöhten Renten

(Nach dem Gesetz zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderer Versorgungsgesetze.)

R. H. Als einmalige Zahlung (dritter Scheckvorschuß) auf die zu erwartende Neuregelung der Renten für Kriegsopfer werden in der Zeit vom 5. bis 14. Juli 1923 durch die Versorgungsämter folgende Beträge ausbezahlt:

A. Beschädigte

a)	mit einer Rente von 30 v. H. der Vollrente	120000 Mk.
b)	„ „ „ „ 40 „ „ „	165000 „
c)	„ „ „ „ 50 „ „ „	255000 „
d)	„ „ „ „ 60 „ „ „	321000 „
e)	„ „ „ „ 70 „ „ „	405000 „
f)	„ „ „ „ 80 „ „ „	513000 „
g)	„ „ „ „ 90 „ „ „	642000 „
h)	„ Vollrente	858000 „
i)	„ „ einfacher Pflegezulage	1566000 „
k)	„ „ erhöhter „	1797000 „
l)	„ „ höchster „	2010000 „

B. Hinterbliebene

o)	Eine rentenberechtigte Witwe, die eine Witwenrente in Höhe von 50 v. H. der Vollrente des Verstorbenen bezieht	429000 Mk.
p)	eine Witwe, die erwerbsunfähig ist oder das 50. Lebensjahr vollendet hat	516000 „
q)	eine Witwe, die 30 v. H. der Rente des Verstorbenen bezieht	255000 „
r)	eine rentenberechtigte Witwe, die eine Witwenrente in Höhe von 30 v. H. der Vollrente des Verstorbenen bezieht, wenn sie vor dem 1. Januar 1878 geboren ist	429000 „
s)	eine vaterlose Waise	216000 „
t)	eine elternlose Waise	345000 „
u)	ein Elternteil	238000 „
v)	ein Elternpaar	429000 „
w)	die Empfängerin einer Witwenbeihilfe, die unter Zugrundelegung von 50 v. H. der Vollrente des Verstorbenen festgesetzt ist	170000 „
x)	wird die Pflegezulage neben einer Teilrente der Vollrente gewährt, so erhöht sich der Vorschuß um	700000 „

Die Beträge werden ohne Anforderung von den Versorgungsämtern überwiesen.

Die Stinnesierung der Wissenschaft

Die „freie" Wissenschaft ist nur die Dirne der herrschenden Klasse. Als ein Teil derselben hat sie kein Interesse daran, die Probleme der Zeit wissenschaftlich zu ergründen. Sie müßte dann ja mit ihren Haushaltern brechen! Doch dazu fehlt ihren verzopften Vertretern die Initiative. Das weiß Stinnes und darum hat er den Antrag des Universitätsprofessors Hein auf der Generalversammlung der Riebeckschen Montanwerke in Halle, deren Vorsitz Stinnes persönlich führte, auf Ueberweisung einer Spende von 20 Millionen Mark an die notleidende Universität Halle auf 50 Millionen Mark erhöht. Mit diesen 50 Millionen kauft Stinnes die „Seelen" der hungernden Studenten und macht sich „volkstümlich". Der Erfolg bleibt nicht aus. Vielleicht verrichtet Hugo, der erste Industrieköning, seine menschlichen Bedürfnisse einmal in den hochwohlöblichen Aborten der halischen Universität und „studiert" dabei die Wände dieser Hallen, die von den Hakenkreuzlern in der blödesten und gemeinsten Weise bemalt und beschmiert sind. Und solchen moralisch verkommenen Subjekten schenkt Stinnes 50 Millionen Mark. Herr Stinnes, wieviel Millionen erhalten die halischen Volksschulen?

Aus der Jugendbewegung

An alle Gruppen der Unterbezirke Mansfeld, Sangerhausen und Saalkreis!

Die bereits für Sonntag angekündigte Gewerkschaftsfunktionärkonferenz findet nun bestimmt in Wolferode (nicht Eisleben) in der „Türkei", vormittags 8 Uhr, statt. Jede Gruppe muß vertreten sein.

Die Bezirksleitung der KJ.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Kommunisten des DMV. Am Mittwoch, dem 11. Juli, findet die Mitgliederversammlung des DMV. im „Volkspark" statt. Die wichtige Tagesordnung: „Aufstellung der Kandidaten zum Kasseler Verbandstag" erfordert das Erscheinen aller Kommunisten.

Fraktionssitzung der KPD.-Genossen des DMV. am Montag, dem 9. Juli, abends 7½ Uhr, in der „Produktivgenossenschaft". Alle Genossen müssen erscheinen.

Kartellsektion. Heute abend 8 Uhr findet in der „Produktivgenossenschaft" eine wichtige Sitzung statt. Alle Genossen müssen erscheinen.

Betriebsräte im Baugewerbe. Heute, Freitag, abend 7 Uhr Vollversammlung im „Volkspark".

* **„Befreites Land".** In unserer heutigen Nummer befindet sich die Beilage „Befreites Land", die jede Woche erscheint. Unsere Leser werden gebeten, die Beilage nach Durchsicht anderen Kollegen und Freunden zum Lesen zu geben, wie auch in jeder Hinsicht für dieselbe zu werben; sie agitieren damit zu gleicher Zeit für den „Klassenkampf". Die Beilage ist geschrieben für Landarbeiter und Kleinbauern und wird diese in ihrem Kampfe um die Existenz wirksam unterstützen.

* **Die Grenzen des Züchtigungsrechts.** Ueber das Züchtigungsrecht der Lehrer hat das Reichsgericht ein Urteil gefällt, dessen Entscheidungsgründe jetzt der Unterrichtsverwaltung mitgeteilt werden. Züchtigungen sind nur insoweit erlaubt, als sie sich im Rahmen der Schulzucht halten und der Gesundheit des Kindes auch nicht auf entfernte Art schädlich werden können. Den schleswig-holsteinischen Lehrern war so dreimal eingeschärft worden, daß Züchtigungen in der Regel auf solche Fälle zu beschränken seien, in denen andere Strafmittel erfolglos geblieben seien. Bei Mädchen sollen sie tunlichst ganz vermieden werden. Deren feines und reizbares Nervensystem bedarf namentlich in den Entwicklungsjahren besonderer Schonung. Die Unkenntnis des Lehrers von einer krankhaften Veranlagung vermöge körperliche Züchtigung nie zu entschuldigen. Ein Lehrer müsse stets mit der Eigenart des weiblichen Körpers sowie des weiblichen Seelenlebens rechnen und bei Ausübung der Schulzucht nicht nur die physischen, sondern auch die seelischen Folgen seines Tuns in Erwägung ziehen. Stockschläge wären nur ausnahmsweise gerechtfertigt. Der Lehrer darf nicht sofort zu dem härtesten und schwersten Strafmittel greifen. Erst kämen Ermahnungen, Warnungen, Einschreiben ins Klassenbuch, Nachbleiben, In-die-Ecke-Stellen, Strafarbeiten und dergleichen. — Ungeachtet dieses Urteils muß der Kampf zur völligen Beseitigung der Prügelstrafe energisch weitergeführt werden.

* **Das Versorgungsamt Halle** bleibt in der Zeit vom 9. bis 14. Juli für jeden Publikumsverkehr weiterhin geschlossen, und zwar mit Rücksicht auf die Vorbereitungsarbeiten bei Zahlung des dritten Vorschusses auf die erhöhten Renten nach dem Gesetz zur Abänderung des RVG. und anderen Versorgungsgesetzen.

Verantwortlich: Konrad Finkelmeier für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230706-19/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Die Bitterfelder Metallarbeiter mit den Berlinern solidarisch!

Die Generalversammlung des DMV., Ortsverein Bitterfeld, am 4. Juli befaßte sich eingehend mit der Stellungnahme zum Verbandstag. Nach einem Geschäfts- und Kassenbericht, den der Geschäftsführer Lebbien gab und der eine rege Diskussion entfachte, erhielt der Kollege Sachse das Wort zu seinem Referat über die Aufgaben des Verbandstages. Er beleuchtete die Fragen grundsätzlich und zeichnete die Aufgaben derselben scharf und klar. Er widmete einen großen Teil seiner Ausführungen den taktischen Problemen, organisatorischer und politischer Natur, der Frage der wertbeständigen Löhne und ihre Auswirkung auf die Arbeiterschaft. Besonders charakteristisch war, daß nach dem Referat die VSPD.-Fraktion beantragte, das Referat ohne Debatte anzunehmen, da sie den Ausführungen des Kollegen Sachse im Prinzip zustimmen müßten! Bei der Abstimmung über die Wahlvorschläge zum Verbandstag erhielt die Liste Sachse (KPD.) 60 und die Liste Kloß, Cöthen (VSPD) 31 Stimmen.

Es gilt nun, alles einzusetzen, damit am 22. und 23. Juli die Wahlbeteiligung gut ist und kein Kollege von den 2900 Mitgliedern unserer Ortsverwaltung der Wahlurne fernbleibt. Jeder muß seine Stimme dem Kandidaten geben, der nach der Auffassung der Generalversammlung durch obigen Mehrheitsbeschluß die Ortsverwaltung in Kassel vertreten soll. Auf, Kollegen zur intensiven Wahlarbeit!

Im 3. und 4. Punkt wurden allgemeine Fragen behandelt und unter anderem eine Resolution einstimmig zur Annahme gebracht, die wir an anderer Stelle zum Abdruck bringen.

Stahlhelmleute stören das Querfurter Kinderfest

Am letzten Dienstag fand, wie alljährlich, unser Kinderfest statt. Alt und jung nahm daran teil. Man sollte meinen, daß ein derartiges Fest von keiner Seite aus gestört würde, da es von altersher im Sinne des Wortes als Volksfest gefeiert wird und niemals gestört wurde. Aber weit gefehlt. Das letzte Kinderfest wurde von zwei auswärtigen Stahlhelmleuten, die ihre Brust mit dem bekannten Abzeichen und anderem Klimbim behangen hatten, dazu benutzt, um Unruhe auf dem Festplatz hervorzurufen. Hierzu hatten diese beiden „Staatsstützen" sich vorher im Stahlhelmlokal erst Mut angetrunken. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß diese „Helden" provozieren wollten, denn das beweist der Ausspruch eines dieser „Helden". Er sagte zu einem Querfurter Stahlhelmführer, daß der von ihm in Eisleben „eroberte" Gummiknüppel eines Kommunisten (?) hier in Querfurt für angetane „Schmach" seine Dienste verrichten könne. Bei einer stattgefundenen Leibesvisitation wurde einem dieser Helden ein Dolch abgenommen; der in seinem Besitze gewesene Revolver soll auf „unaufklärliche" Weise abhanden gekommen sein. Allerdings kamen diese „Helden" nicht auf ihre Rechnung. Einer derselben mußte mit blutigem Kopfe abziehen. Trotz starker Erregung in der Arbeiterschaft und dem übrigen Teil der Besucher, war es der Besonnenheit derselben zu danken, daß nicht noch mehr Unheil angerichtet wurde. Unverständlich bleibt es aber, warum die anwesende Schupo diese „Radaubrüder" nicht sofort verhaftete. Wären es Arbeiter gewesen, so stäken dieselben längst hinter Schloß und Riegel und würden wahrscheinlich wegen „Landfriedensbruchs" angeklagt werden. Ja, ja, wenn zwei dasselbe tun ... Der Arbeiterschaft von Querfurt-Thaldorf aber möchten wir zurufen: Seid auf der Hut vor diesem Gesindel und schließt Euch eng zusammen, ehe es zu spät ist!

Die neuen Löhne im Baugewerbe

Am Donnerstag fanden in Halle Verhandlungen statt über Neufestsetzung der Löhne im Baugewerbe für Sachsen-Anhalt, die teilweise stürmisch verliefen. Die Arbeitervertreter forderten 100 % zu der 6700-Mk.-Lohnsumme. Die Unternehmer lehnten zunächst jedes Angebot ab und wollten auch auf eine Regelung für die nächste Lohnwoche nicht eingehen. An diesem starren Verhalten schienen die Verhandlungen zu scheitern. Nachdem die Parteien nochmals getrennt beraten hatten, wurde eine Unterkommission gewählt. Diese machte sodann nach stundenlangen Beratungen folgenden Vorschlag:

Vom 5.—11. Juli beträgt der Spitzenstundenlohn 10 000 Mark. vom 12.—18. Juli 12 000 Mark.

Beide Parteien haben dem Vorschlag zugestimmt, so daß die geplante Bezirkslohnamtssitzung sich erübrigt.

Die Verbandsleitung der Zimmerer von Merseburg und Umgegend teilt hierzu folgendes mit:

Die Zimmerer haben bei den beiden nächsten Lohnzahlungen darauf zu achten, daß ihnen der vereinbarte Lohn auch prompt gezahlt wird. Verstöße dagegen sind den Verbandsleitungen sofort zu melden, um rechtzeitig eingreifen zu können.

Frauenzulage nach der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz

Nach dem Abänderungsgesetz zum Reichsversorgungsgesetz, das in den nächsten Tagen verkündet werden wird, erhalten die verheirateten Schwerbeschädigten (d. h. die Beschädigten, deren Erwerbsfähigkeit infolge Dienstbeschädigung um mindestens 50 v. H. gemindert ist) und die verheirateten Kapitulanten, die eine Dienstzeitrente von mindestens 50 v. H. der Vollrente beziehen, zu ihren Versorgungsgebührnissen vom 1. Januar 1923 an eine Frauenzulage.

Diese Frauenzulage kann bei der vorzunehmenden Umrechnung nur dann sofort berücksichtigt werden, wenn der Versorgungsberechtigte durch eine amtlich beglaubigte Bescheinigung den Nachweis erbringt, daß er verheiratet ist und daß seine Frau lebt. Es empfiehlt sich, daß die in Betracht kommenden Personen eine solche Bescheinigung von sich aus unaufgefordert ihrem zuständigen Versorgungsamte einsenden. Liegt bis zur Umrechnung der Versorgungsgebürnisse nach dem Abänderungsgesetz zum Reichsversorgungsgesetz eine derartige Bescheinigung nicht vor, dann bleibt die Frauenzulage zunächst unberücksichtigt und kann erst später nachgezahlt werden. Bescheinigungen in einfacher Form auf Postkarte in nachstehendem Muster genügen. Die Richtigkeitsbescheinigungen können von jeder Zivil- oder Militärbehörde und von jeder Person vorgenommen werden, die zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigt ist.

Muster:

(Ort) .... (Datum) ....

Ich bin seit .... verheiratet, meine Frau lebt.

Die Richtigkeit beglaubigt: (Vor- und Zuname)
(Dienstsiegel)
(Name) ....
deutlich schreiben.

....
(Dienststellung) Stammkarten-Nr. ....
Geschäftszeichen: ....

Achtung, Lehrer an weltlichen Schulen!

Die für die weltliche Schule in Erfurt tätigen Genossen beantragten bei der dortigen Schulverwaltung die Einrichtung einer weltlichen Schule. Es sind für dieselbe schon mehr als 650 Kinder gemeldet. Am Orte sind aber nicht genügend Lehrer vorhanden, die Unterricht an der weltlichen Schule zu übernehmen bereit sind. Lehrer an weltlichen Schulen anderer Orte oder solche, die an anderen Schulen wegen ihrer Gesinnung gemaßregelt worden sind, werden um Angabe ihrer Adresse ersucht, soweit sie zur Uebersiedlung nach Erfurt bereit sind. — Ferner wird um Angabe von Lehrplänen für weltliche Schulen ersucht. Mitteilungen an Genossen Oskar Carius, Erfurt, Oststraße 2.

„Rote Hilfe"

69. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beträge

Sammlungen: Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch auf", Sandersdorf, 10 000 Mk.; Arbeiter-Radfahrer-Verein „Blüh auf", Lebendorf, 10 000 Mk.; Arbeiter-Radfahrer-Verein, Passendorf, gesammelt beim Nachtausflug, 20 000 Mk.; Freie Turnerschaft, Glesien, 19 000 Mark; Frauenchor, Glesien, 20 585 Mk.; Ungenannt, Halle, 4000 Mark; Proletarischer Radfahrer-Verein „Vorwärts", Nietleben, 20 500 Mk.; Genosse Knabe, Halle, 5000 Mk.; Genosse Th., Delitzsch, 1250 Mk.; von den Zehnerschaftsführern M. Koch, Papitz, 930 Mk.; R. Richter, Papitz, 630 Mk.; E. Beyer, Papitz, 600 Mk.; O. Keller, Papitz, 425 Mk.; gesammelt beim Bergarbeiter-Vergnügen der Belegschaft der Grube Alwine, durch Genossen R. Worch, 16 067 Mk.; Ortsgruppe Selben, durch Genossen B. Tretschock, 8851 Mk.; Versammlung, Zschornewitz, 31 406 Mk.; Genosse Käsebier, Halle, 10 000 Mark; Genosse Kreuzmann, Dürrenberg, 5000 Mk.; Wander- und Mandolinenklub, Lettin, 7160 Mk.; gesammelt beim 20jährigen Stiftungsfest des Männerchors Dölzig, durch Solosänger des Gesangvereins; Freiroda, 59 783 Mk., Genosse Spindler, Halle, 8000 Mark; vom Alwiner Verein, Halle, 13 725 Mk.; gesammelt beim Elternabend der Kommunistischen Jugend, Ortsgruppe Mücheln, 76 836 Mk.; P. A., Weißenfels, 5000 Mk.; Ortsgruppe Hohenmölsen, 15 000 Mk.; Arbeiter-Radfahrer-Verein, Thalheim, 43 000 Mk.; Arbeiter-Jugend-Verein, Söhesten bei Muschwitz, 50 000 Mk.; durch Genossen Simon, Gerbstedt, 4806 Mk.; Ortsgruppe Kleinkugel 30 000 Mark; durch Genossen P. Böhme, Halle, 35 000 Mk.

Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD.
Abteilung II. A. Sämisch.

Schkeuditz. Bauarbeiter! Sonntag, den 8. Juli, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung der ausgeschlossenen Bauarbeiter im „Stadtgarten". Sehr wichtige Tagesordnung!

Zscherben. An alle Ortsgruppen der KPD.! Am Sonntag, dem 5. August, findet in Zscherben (Saalkreis) ein Parteifest statt. Dieser Tage soll ein Werbetag für die Partei sein und gleichzeitig ein Massenaufmarsch des revolutionären Proletariats, um der Reaktion, die in unserem Kreise immer frecher auftritt, zu zeigen, daß das Proletariat stark genug ist, der Reaktion gegenübertreten zu können. Die Demonstration findet nachmittags 1 Uhr statt. Umzug durch die Straßen von Zscherben und Nietleben. Die Ortsgruppen werden gebeten, an diesem Tage von besonderen Veranstaltungen Abstand zu nehmen.

KPD., Ortsgruppe Zscherben.

Bitterfeld. Kohlenversorgung für Militärrentner. Die Fürsorgestelle schreibt: Die Kohlenversorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen für den Winter wird sich äußerst schwierig gestalten. Die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in Merseburg will deshalb durch Verhandlung mit dem Braunkohlensyndikat in Leipzig versuchen, Kohlen für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu einem vorteilhaften Preise sicherzustellen. Die Bezahlung der evtl. zu liefernden Kohlen wird vorläufig vorschußweise durch uns geschehen. Diejenigen Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen und Kriegseltern, die Kohlenbelieferung durch uns wünschen und bereit sind, sich den dafür zu entrichtenden Betrag in Teilbeträgen von den Teuerungszuschüssen bezw. Zusatzrenten im Verlauf der nächsten 6 Monate abziehen zu lassen, wollen umgehend entsprechende Anträge hier einreichen. Die Menge der benötigten Kohlen muß aus dem Antrage ersichtlich sein. Es kommen jedoch nur solche Kriegsbeschädigte, Militärrentner, Kriegerwitwen und Kriegseltern in Frage, die laufende Teuerungszuschüsse durch uns beziehen. Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, die bereits von irgendeinem Werke Deputatkohle beziehen, können nicht berücksichtigt werden. Die Anträge müssen bis spätestens 7. Juli hier eingehen.

Zörbig. Eine große Kundgebung beabsichtigt am kommenden Sonntagnachmittag die hiesige Ortsgruppe der Partei abzuhalten. Angesichts der Tatsache, daß auch in unserem Orte die spießbürgerliche Gesellschaft immer frecher ihr Haupt erhebt, gilt es auch hier, ihrem Treiben Einhalt zu bieten. Wie alljährlich der Landbund des Kreises Bitterfeld sein Fest von einem Ort zum anderen verlegte, so ist es in diesem Jahr nach hier gefallen. Leider hat ihm die Regierung einen kleinen Strich durch die Rechnung gemacht. Denn vom 1. Juli an sind sämtliche Umzüge und Versammlungen auf freien Plätzen und Straßeu verboten. Aber was tat sofort der Vorstand der Landbündler? Mit dem Auto ging's zu Herrn Bergemann nach Merseburg. Man wollte sich hier die Erlaubnis zur Abhaltung des Festes holen. Leider erhielten die Landbündler einen abschlägigen Bescheid. Damit gaben sich die Herren Agrarier aber nicht zufrieden. Flugs fuhren sie per Auto nach Bitterfeld, und mit dem nächsten D-Zug von dort zu Herrn Severing nach Berlin, um sich hier die Genehmigung zu holen. Was wird Herr Severing tun? Wird er vereinzelte Feste genehmigen, oder wird er sich streng an das Verbot halten? Wir werden ja sehen! Arbeiter von Zörbig und Umgegend, hier gilt es, die Augen offen zu halten. Die Herrn Agrarier lassen nichts unversucht, ihr Fest ab uhalten. Unterstützt uns am kommenden Sonntag durch Euer Erscheinen, damit unsere Kundgebung sich zu einer machtvollen gestaltet. Für einen jeden Kommunisten und mit uns Sympathisierenden des Kreises Bitterfeld muß für Sonntag die Parole lauten: **„Auf nach Zörbig zur Kundgebung."**

Aus der Jugendbewegung

Holzweißig. Kommunistische Jugend. Sonnabend, den 7. Juli, Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht!

Arbeiter-Sport

HFC. Minerva. Am Sonnabend, dem 7. Juli, spielt Minerva auf dem Sandanger gegen den Sportklub 20, Delitzsch. Letzterer ist Bezirksmeister des 8. Bezirks. Es ist deshalb ein spannender Kampf zu erwarten, da auch Minerva in stärkster Aufstellung antritt. Auch Delitzsch kommt mit voller Mannschaft. Minerva spielt: Wien, Lange, Kritsch, Heger, Fritze, Patan, Hammer, Schütze, Bergt, Schüle, Worg. Das Spiel der Jugend findet nicht um 12 Uhr, sondern um 2 Uhr am Sonntagnachmittag auf unserem Platze statt.

BfB. Lettin. Sonntag, den 8. Juli, spielt die erste Mannschaft gegen den Fußballklub Vorwärts, Zerbst, auf eigenem Platze um 4 Uhr in folgender Aufstellung: Haack, Förster, Geißler, E. Kersten, Ohme, R. Henze, Paul Mockwitz, W. Schulze, Zabel, Kurt Mockwitz, K. Geißler. Die zweite Mannschaft ist spielfrei. Die dritte Mannschaft spielt um ½1 Uhr auf eigenem Platze gegen Minerva 3. in folgender Aufstellung: Weber, Hartkopf, Deperade, O. Lathan, Lehmann, Hohndorf, Rosenbaum, O. Förster, Lorenz, Erhardt, Koch. Schülermannschaft spielt um ½11 Uhr auf eignen Platze gegen Minerva Schüler. Am letzten Sonntag schlug die erste Mannschaft den Bezirksmeister des ersten Bezirks, Burgund (Halberstadt), nach vollständig überlegenem Spiele mit 4 : 0. Die zweite Mannschaft verlor trotz überlegenen Spieles gegen Braunschweig mit 1 : 2. Die dritte Mannschaft siegte in Bernburg mit 2 : 1. Unsere Mannschaftssitzungen finden jetzt jeden Dienstag statt.

Germania-Felsenfest konnte bei dem am 1. Juli in Bernburg stattgefundenem Ringerwettstreit folgende Preise und Ehrenpreise mit nach Hause nehmen: Otto Reißel (Schwergewicht), 1. Preis und Ehrenpreis; Curt Pfeiffer (Schwermittelgewicht), 1. Preis und Ehrenpreis; Paul Sachse (Leichtmittelgewicht), 1. Preis und Ehrenpreis; Walter Meye (Leichtgewicht), 1. Preis und Ehrenpreis; Willy Becker (Bantamgewicht), 2. Preis und Ehrenpreis; Erich Schiebel (schwere Jugend), 5. Preis; Otto Meyer (mittl. Jugend), 3. Preis. Die Konkurrenz war sehr stark, hervorzuheben ist die Ueberlegenheit der hallischen Ringer über die Magdeburger. Die Endkämpfe endeten wie folgt: Reißel siegte in der Entscheidung über Nowokowski (Luckenwalde) und Schulze (Magdeburg); Pfeiffer fertigte den Magdeburger Artur Schünke in der Entscheidung ab. Sachse besiegte Dinter (Magdeburg); Walter Meye besiegte Bierstedt (Magdeburg) und den gutringenden Hohl (Bernburg). Sonntag, den 8. Juli, Ringerwettstreit in Großkörner. Sonntag, den 15. Juli, Germania-Felsenfest gegen die österreichisch-ungarische Ländermannschaft. Näheres wird heute, Freitag, abend 8 Uhr in der Versammlung bekanntgegeben.

Turn- und Sportverein Fichte (Fußballabteilung). Sonnabend, den 7. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im „Restaurant zur Sonne". Da sehr wichtige Tagesordnung, ist das Erscheinen aller aktiven und passiven Sportgenossen nötig. Sonntag, den 8. Juli, treffen sich zu Gesellschaftsspielen auf dem Fichtesportplatz um 2½ Uhr: Fichte 2. mit Wörmlitz 2. und um 4 Uhr: Fichte 1. mit Askania 1., Nietleben.

Arbeiter-Sportverein Kröllwitz. Heute abend ½7 Uhr stehen sich auf der Peißnitz ASC. 1. und Askania, Nietleben, 1. im Gesellschaftsspiel gegenüber. Da beide Vereine in stärkster Aufstellung antreten, ist ein guter Sport zu erwarten. Kröllwitz spielt in folgender Aufstellung: Krampe, Henze 1, Mutterlose, Walpurgis, Hunold, Stenzel, Jurisch, Brömme 1, Lösche, Henze 2, Sauer 1.

Leichtathleten—Achilles von 1890. Am Dienstag fand während des Spieles Fichte gegen Sportlust eine Olympische Stafette statt. Die bekannte Achilles-Stafette, bestehend aus folgenden Mitgliedern: Eckert, Germey, Dinges und Seelmann, ging überlegen als erste durchs Ziel. Mittwochs und Sonnabends können die Leichtathleten auf der Laufbahn im Stadion trainieren. Sonntag fährt Achilles nach Großkörner zum Ringerwettstreit. Abfahrt wird in der Uebungsstunde bekanntgegeben. Sonnabend, den 14. Juli, Werbetour nach Beuchlitz. Treffpunkt abends 7 Uhr im Vereinslokal, Abmarsch 7½ Uhr.

Greppin. Fußballabteilung des Turnvereins. Am Sonntag, dem 8. Juli, feiert die Fußballabteilung des Turnvereins Greppin ihr dreijähriges Bestehen. Dem Spielausschuß ist es gelungen, ein gutes Programm zusammenzustellen. Eröffnet wird die zweitägige Feier durch ein Konzert mit Ballabend am Sonnabend, dem 7. Juli, unter Mitwirkung des Musikvereins „Edelweiß", Leipzig-Ost, welcher auch die Musik stellt. Sonntag früh Abholen der Vereine, um 8 Uhr Abmarsch nach dem Sportplatz, um 9 Uhr Beginn des Vierer-Turniers. Von 9 bis 11 Uhr Vorrundenspiele. Nachmittags von 2 bis 5 Uhr Endrundenspiele. In der Zwischenzeit Spiele der zweiten Herren- und Schülermannschaft. Teilnehmende Vereine sind: FATV. Halle-Wörmlitz; FC. Eintracht, Aschersleben; FC. Wacker, Aschersleben; FATV. Greppin. Sonnabend, den 7. Juli, abends 5½ Uhr, FC. Sportfreunde, Dessau, 2. gegen FATV., Greppin, 2. Sämtliche Arbeitervereine Greppins und Brudervereine des 3. und 8. Bezirks sind herzlich eingeladen.

! Berliner Börsenpreise !

zahle ständig für

Lumpen, Wolle, Bücher, Zeitungen, Altpapier, Altmetalle, Alteisen.

Ferner kaufe ich 3337

Schafwolle sowie **Felle aller Art**

zu hohen Konkurrenzpreisen.

Lessingstr. 28, an der Ecke Dessauer Str. **Fritz Wilsdorf** (Inh.: W. Walter), Forsterstr. 57, an der Ecke Magdeb. Str.

Tel. 4926 **Rohprodukten-Zentrale.** Tel. 4926

Geschäftszeit von 8 bis 6½ Uhr.

Gebhardt-Eiweiß-Kakao

der von der Wissenschaft anerkannte Kräftigungstrank für in der Ernährung zurückgebliebene durch erschöpfende Krankheiten geschwächte Erwachsene, und für im Wachstum gehemmte Kinder. *371

Ueberall erhältlich! — Alleiniger Hersteller:
Georg Gebhardt & Co., Halle a. d. S.
Versandstelle: Gr. Steinstrasse 36. — Fernspr. 4841

Raucht Zetko-Gold

in Qualität unerreichbar!

Mitteldeutsche Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft. 209

Säcke auch zerrissene, kauft jeden Posten **Fr. Halle,** Gr. Steinstr. 13 Eing. Mittelstr. [3333

Größte Auswahl, billigste Preise in hölzernen und eisernen **Bettstellen u. Matratzen.** **Bruno Paris, Halle a. d. S.** 3352 **jetzt Leipziger Str. 12.**

Balda die Schokolade der Feinschmecker. Generalvertr. Willy Voigt vorm. Bachran & Co. Markt 6 gegenüber der „öBrie". 203

Maurer *373 werden sofort eingestellt. Zu melden **Hensel, Bauausführungen,** G. m. b. H., **Mauerstraße 3-4.**

*372 **Bekanntmachung.**

Die Preise ändern sich wie folgt:
Markenfr. Brot (1800 g) 14000 Mk.
Markenfreie Brötchen . 600 Mk.
Bäcker-Zwangs-Innung Halle u. Ug.
Vereinigte Brotfabriken, Halle.

Die veredelte Dauerwäsche Marke „Waschbär" seit Jahren beliebt! Keine Wasch- und Plättkosten. Im Tragen das Billigste! Dauerwäsche Vertrieb Kl. Berlin 2 1 Treppe Eing. Sternstr.

Partei-schriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend **Metall-Kontor U. Abramowitz** Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden.) 202

Werbt für die Prod.-Genossenschaft.

Waschgefäße Waschwannen Brühfässer Badewannen sind in gr. Auswahl wieder am Lager. **Böttcherei Schülershof 22.** 3338

3 billige Schuhtage!

Schuh-Verkaufsstelle für die Gewerkschaftsmitglieder von Halle und Umgegend empfiehlt 3335

Herren- Damen- und Kinderstiefel, Arbeitsschuhe, Sportstiefel, doppelsohlig, Damenhalbschuhe in schwarz u. braun, weiße Damen- u. Kinderschuhe. Angezahlte Schuhe werden 1 Woche zurückgestellt

C. Bachmann, Halle, Thomasiusstr. 47, III.

Spendet für die „Rote Hilfe"

Felle! Felle!

Zickel	per Stück bis Mk.	42 000
Ziegen (alte)	„ „ „ „	130 000
Hamster	„ „ „ „	40 000
Maulwürfe	„ „ „ „	8 000

Kaninfelle
(nach Qualität) Mk. 6 000, 10 000, 15 000, 32 000.

Rohprodukte besonders hohe Preise. 3339

Rohprodukten-Einkaufs-Zentrale, Freiimfelderstraße 82/83, Trothaer Straße 73, Lauchstaedter Straße 20.

— Fernrufe Nr. 9063 und Nr. 3954. —

Bekanntmachung. 3341

Der 1. Nachtrag zur Ortssatzung, betreffend die Erhebung von Schulbeiträgen für die Berufsschulen in Halle vom 24. Februar 1922 ist vom Bezirksausschuß in Merseburg genehmigt und liegt im Schulbureau, Gr. Märkerstraße 10 II, zur Einsichtnahme aus.

Halle a. d. S., den 29. Juni 1923.

Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230706-19/fragment/page=0006

Befreites Land

Die Tagelöhnerin

Sie führt die Sense und den Pflug,
Ist tätig gleich in Saat und Ernte.
Ihr Herz, das Angst und Sorge trug,
Wohl auch das Beten längst verlernte.

Man sieht in ihrem Angesicht
Das Weh von fünfzehn Witwenjahren,
Und keine Falte, die nicht spricht:
„Ich hab' des Lebens Zucht erfahren!"

Was sie im Tagelohn erstritt,
Gab für die Kinder schmale Bissen,
Sie aber hungerte und litt
In Mutterstolz und Kümmernissen.

Sie müht sich ab mit Hoffnungsmut
— O daß ihr Wirken Segen sände!
Und trägt des Lebens schönstes Gut:
Ein weiches Herz und harte Hände.

Otto Krille.

Modernes Bauernlegen

Die ungeheure Teuerung hat in letzter Zeit eine Reihe landarmer Bauern bzw. Siedler vor die Frage gestellt, ihr kleines unzureichendes Anwesen an die Großbauern und Junker zu verkaufen, weil die Wirtschaft nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Zu diesem modernen Bauernlegen rüsten eine Reihe von Banken, hinter denen Agrarkapitalisten stehen. Am 3. Juni 1923 wurde in Berlin eine Getrederentenbank für Landwirtschaft A.-G. gegründet, die sich zur Aufgabe stellt, gesicherte Kredite zur Förderung der Siedlungstätigkeit und für notwendige Meliorationen zur Verfügung zu stellen. Die Kleinbauern und Siedler sind heute gezwungen, die ihnen gebotenen, wertbeständigen Darlehen (Roggenwertdarlehn) in Anspruch zu nehmen. Bei der fortschreitenden Teuerung sind sie dann meist nicht in der Lage, die Darlehn zurückzugeben und sind den Händen ihrer Gläubiger ausgeliefert, die dann jederzeit das Eigentum des Kleinbauern u. Siedlers, das teilweise mühsam erst in Kultur gesetzt werden mußte, an sich zu reißen vermögen. Im Aufsichtsrat der gegründeten Getrederentenbank sitzen u. a. Freiherr Hans Edler Herr zu Puttlitz, Standesherr Friedrich Joseph Graf v. Brühl auf Pförten, Rittergutsbesitzer Hermann Dietrich, Rittergutsbesitzer, Freiherr v. Eckardstein, Karl Hepp, Vorsitzender des Reichslandbundes, Rittergutsbesitzer Walter Schäfer, Rittergutsbesitzer Freiherr v. Bissing. Hinzu kommen noch einige Bankiers.

Die Kleinbauern und Siedler sind dieser Gesellschaft voll und ganz ausgeliefert, wenn sie nicht gemeinsam mit der Arbeiterschaft dafür kämpfen, daß das Land dem Volke gegeben wird, daß die Industriewerke sozialisiert werden, um billigere Industrieprodukte für die schaffenden Landwirte und billigere Nahrungsmittel für die Industriearbeiterschaft zu beschaffen. Um dies durchführen zu können, ist vor allen Dingen der Kampf um eine Regierung der Arbeiter und werktätigen Bauern notwendig.

Die Landarbeiter des Kreises Neuhaldensleben für die Forderungen des Fünfer-Ausschusses

Am 27. d. M. fand in Althaldensleben eine öffentliche Landarbeiter-Versammlung mit dem Thema: „Die Lage der Landarbeiter und die Aufgabe der Organisation" statt. Als Referent war der Kreisleiter der Opposition, der Kollege Kamradt (Genthin) gewonnen. Der Referent führte aus: Die Lage der Landarbeiter ist mit ein paar Worten gezeichnet, Goldpreise für alle Waren und Gegenstände, die die arbeitende Bevölkerung kaufen muß, jedoch Papierpreis für die Ware Arbeitskraft, die der Arbeiter zu verkaufen hat. Dazu erdrückende Steuern, sowohl direkte wie indirekte für die Besitzlosen, während gleichzeitig der Besitz es verstanden hat, alle Lasten auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. **Infolgedessen größte Armut auf der einen und Luxus und Schlemmerleben auf der anderen Seite.** Der freie Handel hat sich zu einer Auspowerung der breiten Massen ausgewirkt. Die Produzenten passen sich mit ihren Preisen sofort der Geldentwertung an (Goldpreise), während die Löhne völlig unzureichend und erst viel später aufgebessert werden. **Der DLV. hat durch seine Arbeitsgemeinschaftstaktik nicht nur seine Werbekraft, sondern auch die Kollegen innerhalb des Verbandes haben alles Vertrauen zu dem Verband verloren.** Die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen kann nur durch allerschärfsten Kampf erfolgen. Das Hilfswerk für die Landwirtschaft, welches der Hauptvorstand mit den Arbeitgebern unterschrieben hat, wirkt sich als ein Hemmschuh für die freie Entfaltung der Kräfte innerhalb der Organisation aus. Eine Mehrproduktion in der Landwirtschaft läßt sich nicht durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen, sondern durch Verbesserung der Technik und Kultivierung der Oedländereien. Wenn aber der Reichstagsabgeordnete und Landbundführer Schiele (Schallene) gleichzeitig 50 Morgen besten Ackers brachliegt und mit Kiefern aufschont, so zeigt sich, daß hier nur allein der Profit in Frage steht, und nicht eine Mehrproduktion zum Nutzen der Allgemeinheit.

Alle Streiks im Gau III sind systematisch von den Instanzen abgewürgt, als wild erklärt, und so die Kampfkraft lahmgelegt; gleichzeitig bewilligte der Gauleiter Brandenburg als Landtagsabgeordneter die Mittel für den Ausbau der Technischen Nothilfe der organisierten Streikbrechergarde. So läßt sich mit Recht behaupten, daß die Leitung ein gerüttelt Maß Schuld trägt an der schlechten Lage der Landarbeiter. Auch zum Rahmentarif sei noch einiges gesagt: Der Tarif ist für ein Kalenderjahr abgeschlossen und nun muß jedesmal im Dezember bzw. im Januar ein neuer Tarif abgeschlossen werden. Glaubt denn nun auch ein nur wenig geschulter Gewerkschafter, in dieser Zeit (also Dezember bzw. Januar) einen Kampf um einen besseren Tarif führen zu können? Die Arbeitgeber würden einen Kampf der Arbeiter gerade um diese Zeit begrüßen, um die besten Funktionäre aufs Straßenpflaster zu werfen, und die übrigen desto leichter in ihr Joch zu spannen. Dies Bestreben der Arbeitgeber zeigt sich allenthalben bei Betriebsräten. Fast immer sind die Kollegen vor Abschluß eines Vertrages nicht um ihre Zustimmung befragt worden. Haben die Mitglieder gar nichts zu bestimmen? Deshalb auch die berechtigte Unzufriedenheit. — Wo bleibt der Grundsatz: „Gleiche Löhne, gleiche Arbeit." Das Zukunftsrecht für Getreide haben die Kollegen mit 1½ bzw. 2 Morgen Acker nicht. Wieviel weniger macht das im Jahre für gleiche Arbeit? Haben bei Abschluß die Betreffenden die Gefahr für die Einheit des Verbandes nicht erkannt? Mit Recht fühlen diese Kollegen sich den anderen gegenüber benachteiligt. — Die Wegefrage ist im § 4 der WO. gesetzlich zugunsten der Arbeiter geregelt, und im Tarif?

Die Bezahlung der nicht vollwertigen Arbeiter ist der Regelung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung vorbehalten. Hier zeigt sich fast überall eine willkürliche Regelung. Gerade die alten Kollegen sind es, die von den jüngeren unterstützt werden müssen, und deren Löhne nicht niedriger festgesetzt werden dürfen, denn nicht das Existenzminimum erreicht ist. Gerade diesen Schwächeren gegenüber befindet sich der Arbeitgeber bei der Lohnfestsetzung im Vorteil, der weidlich ausgenutzt wird. Wenn Ihnen das zu wenig ist, können Sie sich ja verändern." Aus Angst vor der Arbeitslosigkeit werden diese Kollegen dann gezwungen, der Lohnhöhe zuzustimmen. Bei richtiger Arbeitseinteilung gibt es in den Betrieben immer Posten, wo ein alter Mann einen vollwertigen Arbeiter ersetzt.

Die Löhne müssen den Verhältnissen angepaßt werden. Dies wird aber niemals eine kapitalistische Regierung tun, sondern die Arbeiter müssen im schwersten Kampf sich das erringen. **Der Fünfer-Ausschuß der Opposition hat jetzt die Forderung an die betreffenden Arbeitgeber von 1½ Zentner Roggen, berechnet nach dem jeweiligen Marktpreis, als Wochenlohn gestellt.** Diese Forderung ergibt sich als Schlußfolgerung aus den bestehenden Preisen und den bisherigen Löhnen. Es wird in Form eines offenen Briefes ein Aufruf in diesem Sinne erfolgen.

Alle Diskussionsredner sprachen sich im gleichen Sinne aus. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die Kollegen der Ortsgruppe Althaldensleben, anwesend in der Versammlung am 27. Juni, stimmen den Ausführungen des Referenten, Kollegen Kamradt, zu und wünschen die Einberufung einer Kreiskonferenz, die zu diesem Thema und den aufgestellten Forderungen Stellung nimmt."

Winkeladvokaten des DLV.

Am Sonntag, dem 24. Juni, fand in Alsleben eine öffentliche Landarbeiterversammlung, einberufen vom DLV., statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Warum müssen sich die Landarbeiter im DLV. organisieren? 2. Verschiedenes. Die „Zentralhalle" war gutbesucht. Als Referent war der Kreisleiter Schulz vom DLV. erschienen. In seinem 2stündigen Referat zum ersten Tagesordnungspunkt versuchte er die Notwendigkeit der Erfassung aller Landarbeiter im DLV., vom Standpunkt der Amsterdamer klarzumachen. Die Schuld des Rückganges des DLV. um über 50 Prozent seit dem Jahre 1920 liege an der Einstellung der Landarbeiter. Sie stehen auf dem Standpunkt, der Lohn, der von einer Organisation vereinbart würde, gelte auch für Nichtorganisierte. Er, Schulz, habe sich stets geweigert, die Löhne anzunehmen. Außerdem seien die Kämpfe der Zentralverbändler und der linksstehenden Wirrköpfe (die kommunistischen Unionisten) gegen den DLV. an dem Rückgang des DLV. schuld. Zur Diskussion meldete sich der Genosse Ackermann-Halle zu Wort, der zunächst auf die wahren Ursachen des Mitgliederschwundes des DLV. einging. Er schilderte die Taktik der DLV.-Bureaukraten, die durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik bedingt sei, und zeigte ferner der Versammlung, daß auf Grund der Ausschlüsse ganzer oppositioneller Kreise, nicht die „kommunistischen Wirrköpfe", sondern die Bureaukraten des DLV. die Zersplitterer des DLV. seien. Durch die verräterische Taktik der Arbeitsgemeinschaftler haben die Landarbeiter das Vertrauen zu ihren Führern verloren. Nur, wenn die Landarbeiter ihre Führer selbst wählen können und der DLV. die Arbeitsgemeinschaft aufgegeben hat, werden die Landarbeiter zu einer geschlossenen Kampffront zusammengeschmiedet sein. Nachdem der Genosse A. in einer halbstündigen Ausführung über die Taktik der Amsterdamer Richtung gesprochen hatte, und nun auf die taktischen Fragen des revolutionären Klassenkampfes eingehen wollte, wurde ihm mit dem Bemerken, daß ein Diskussionsredner nicht länger als der Referent reden dürfe, das Wort entzogen. Ein Antrag, eine Abstimmung vorzunehmen, wurde zu unterdrücken versucht. Die Abstimmung durch Erheben von den Plätzen war unklar. Der Vorsitzende bewilligte daher dem Genossen A noch weitere fünf Minuten Redezeit. Genosse A. lehnte jedoch ab, in diesen fünf Minuten noch zur Diskussion zu sprechen. Die Landarbeiterschaft muß sich klar werden, daß nur einmütiges geschlossenes Vorgehen der Klasse der Ausgebeuteten, ohne Unterschied der Organisationsangehörigkeit, frei von jeglicher Arbeitsgemeinschaft, frei von verräterischen Vertretern, den von den Ausbeutern aufgezwungenen Existenzkampf bestehen kann.

Ein Paradies für Landarbeiter

Die Agrarier triefen bekanntlich von Volkswohl, Christenliebe und Patriotismus. Der ehemalige Kavallerieleutnant Köhler auf dem Freigut in Alsleben sorgt deshalb rege dafür, daß sich jetzt die bei ihm beschäftigten jugendlichen Arbeiter dem „Wehrwolf" anschließen. Er duldet es, daß von seiten des bei ihm beschäftigten Eleven die jungen Leute mit Entlassung bedroht werden, wenn sie sich weigern, dem „Wehrwolf" beizutreten. Diese Propaganda wird ferner durch Dr. Hamann rege unterstützt. Auf diese Weise ist es diesen Herren gelungen, vier dieser bedauernswerten Jungens mit nach Eisleben zu lotsen.

Im Frühjahr d. J. war die Frau des bei K. beschäftigten Tagelöhners Vogt gezwungen, den Bürgermeister um Hilfe anzurufen. Sie hatte für sich und ihre sechsköpfige Familie seit einigen Tagen nicht mehr das Allernotwendigste zum Essen. Herr K. hatte sich geweigert, ihr Getreide abzugeben. Erst als dann der Bürgermeister dem K. „mit anderen Maßnahmen" drohte, lieferte dieser der Familie Vogt einen Zentner Roggen. Der Preis wurde ihnen nach und nach vom Lohne abgezogen. Aber den Roggen mußte man mahlen lassen und das Mehl vom Bäcker zu Brot backen lassen, und weil kein Mahl- und Backgeld in der Kasse war, behielten der Müller und Bäcker dafür Mehl inne.

Auf dem Feldwege von Volleben nach Alsleben, welcher nicht zum Privatbesitz des Herrn K. gehört, sind wiederholt Frauen beim Grasrupfen von K. angehalten worden. Mit der Motivierung: „Vorläufig sind wir noch die Herren" hat dieser Volkswohltäter die Frauen fortgejagt.

Der Seelsorger des Ortes fordert von den Arbeitern für den Morgen Pachtacker 2¼ Zentner Roggenwert als Pachtzins, während der Gutsbesitzer Köhler nur 75 Mk. pro Morgen zu zahlen braucht.

Arbeiter und Genossen, so sieht die Sorge um das Volkswohl, die Christenliebe und der Patriotismus dieser Herrschaften ohne Maske und Schminke aus. Erkennt endlich, daß jene über Arbeiterleichen schreiten werden, wenn dafür ein Geschäft für sie zu machen ist. Tretet ein in die Einheitsfront des um seine Existenz ringenden klassenbewußten Proletariats, welches sich unter dem Banner der kommunistischen Internationale sammelt. An der Einigkeit und dem Machtwillen des gesamten Proletariats wird der stärkste Anprall der Reaktion zerschellen. Hammer und Sichel, Industrie und Landproletariat, gehören unzertrennbar zusammen. Auf zum Befreiungskampfe vom Joche der Despoten. Es lebe die Solidarität!

Schwerer Verrat am schlesischen Landproletariat

Im entscheidenden Moment ist die DLV.-Bureaukratie in Schlesien den dortigen streikenden Landarbeitern in den Rücken gefallen. In einer Abmachung, die eine völlige Niederlage des schlesischen Landproletariats bedeutet, wird von der sozialdemokratischen Gauleitung des DLV. der Streik für beendet erklärt. Nicht die geringste der geringen Forderungen, die von der Gauleitung aufgestellt wurden, ist erfüllt. Es wurde gefordert, das Deputat für die Streiktage zu gewähren. Es wird gewährt, aber hernach wieder abgezogen bei künftigen sogenannten Lohnaufbesserungen. Vierfache Lohnerhöhung wurde gefordert und Bezahlung eines Monatslohnes als Wirtschaftsbeihilfe; gewährt wird der alte, am 26. Mai abgeschlossene Tarif, der die Ursache des Streikes war. Es werden lediglich neue Verhandlungen in Aussicht gestellt.

Mit diesem Ergebnis wird der Streik abgeblasen mit der Erklärung, der Breslauer Regierungspräsident hätte den Streik behindert, weil er alle fälligen Arbeiten für Notstandsarbeiten erklärt habe und weil der Staat die politischen Machtmittel eingesetzt habe. Nebenbei bemerkt ist der Oberpräsident Zimmermann Sozialdemokrat und untersteht außerdem dem sozialdemokratischen Innenminister, Herrn Severing. Die Landarbeiter werden sich bedanken für die Aufforderung des „Vorwärts", sie sollen in Zukunft die Verwaltung noch mehr im sozialistischen Sinne beeinflussen.

Der wahre Grund zum Abbruch des Streikes ist der, daß durch die besser werdende Witterung die Arbeiten auf dem Felde jetzt mehr drängten und gleichzeitig die Landarbeiter ganzer Kreise in den letzten Tagen dazu übergingen, sämtliche Notstandsarbeiten einzustellen. Damit trat der Streik in seine entscheidende Phase und in wenigen Tagen wäre die Niederlage der Gutsbesitzer besiegelt gewesen. Diese Tatsache war einer der schärfsten Schläge gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik. Sie wollten keinen Sieg der streikenden Landarbeiter. Andererseits haben die bürgerlichen Parteien und Minister die sozialdemokratischen Koalitionsminister gedrängt, ihren Einfluß zur vorzeitigen Beendigung des Streiks geltend zu machen. Die Koalitionspolitik stand in Gefahr. Darum mußte der gewaltigste Streik, den seither die deutsche Landarbeiterschaft geführt hat, abgewürgt werden.

Es läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, inwieweit die streikenden Landarbeiter diesem Verrat zum Trotz den Kampf weiterführen. Jedoch die Streikfront ist gesprengt. Die schlesische Landarbeiterschaft hat nunmehr die Aufgabe, zu verhindern, daß die Landarbeiterfront auseinanderfällt, daß Tausende dem DLV. den Rücken kehren. Sie müssen, wie beim Streik, so auch beim Abbruch, in den Kreis- und Gaukonferenzen Stellung nehmen, geschlossen sein, wenn nicht die Schläge der Reaktion noch furchtbarer auf ihr Haupt niedersausen sollen. In den Konferenzen muß Abrechnung gehalten werden mit den verräterischen Verbandsführern. Sie müssen zum Teufel gejagt werden. An ihre Stelle müssen die Landarbeiter Vertreter aus ihren eigenen Reihen wählen. Nur so kann die geschlossene Front erhalten werden, nur so kann die schlesische Landarbeiterschaft schnell sich rüsten zu neuem, noch schärferem Kampfe, der ihnen trotz alledem den Sieg bringen wird.

*

Nachklänge zum oberschlesischen Streik

Unter der Spitzmarke „Hat ein sozialdemokratischer Polizeipräsident nichts anderes zu tun?", schreibt uns ein Augenzeuge aus Gleiwitz:

Die Zentralstreikleitung hatte am 9. Juni Plakate ankleben lassen, in denen sie die Arbeiterschaft aufforderte, den Provokationen der Polizei aus dem Wege zu gehen und eiserne Disziplin zu beobachten. Ein solches Plakat wurde auch in der Nähe des Eingangs der Verwaltungsräume der Hegenscheidtwerke an einen Pfeiler geklebt. Das Gebäude wird oft zu Sitzungen der oberschlesischen Unternehmer benutzt. Am 9. Juni standen vor dem Gebäude zwei Autos. Kurze Zeit, nachdem das Plakat angeklebt war, kamen 5—6 Herren aus dem Gebäude. Unter diesen Herren befand sich auch der sozialdemokratische Polizeipräsident Beck von Gleiwitz. Die stark geröteten Gesichter der Herren bildeten einen starken Kontrast zu den bleichen Gesichtern der hungernden Proleten. Bonner Studenten warfen einmal Schnitzeute in den Rhein. Das geht in Oberschlesien freilich nicht an, noch dazu, wo man die Sipo gegen die Streikenden brauchte. Aber der sozialdemokratische Polizeipräsident Beck, freilich kein Bonner Student, aber doch immerhin über Studentenstreiche aus seiner früheren Zeit genügend unterrichtet, stürzte sich sofort auf das Plakat der Streikleitung, um es abzureißen. Beinahe wäre dieses „Heldentat" schlecht abgelaufen. Arbeiter verstehen in solchen Sachen wenig Spaß, Herr Beck witterte Unheil; er konnte froh sein, im Auto entweichen zu können, sonst hätten sozialdemokratische Arbeiter mit dem Herrn Sozialdemokraten „Freiübungen" veranstaltet.

Die „Arbeit" des „Genossen" Beck zeigt, daß er in Gemeinschaft mit den Unternehmern provozieren wollte. Der Beck ist ein ebenso würdiger sozialdemokratischer Führer wie die Noske, Kutisker, Heilmann, Cogen, Hörsing, Ebert usw. Sie prügeln die Arbeiter, solange diese sich das gefallen lassen.

Die Kleinen hängt man ...

Die Regierung schweigt sich immer noch aus über das Ergebnis des abgelieferten Umlagegetreides. Fest steht, daß die Großbauern und Junker sich zum großen Teil um die Umlage herumzudrücken verstanden haben. Desto mehr wurde aber bei den kleinen Bauern zugefaßt. So wird uns aus Freienwalde in Pommern berichtet, daß der Landwirt Fritz Wilde, der an Land, Wiesen, Wald insgesamt 30 Morgen besitzt, so viel Umlage abliefern mußte, daß er noch 11 Zentner Roggen zu kaufen gezwungen war. Er wurde vor die Frage gestellt, entweder die 11 Zentner zu kaufen oder aber es werde ihm das beste Stück Vieh aus dem Stall geholt. Der kapitalistische Staat ist es also, der dem Kleinbauern das Vieh aus dem Stall stehlen will. Die Kleinbauern müssen sich das merken, wie sie sich merken müssen, daß es die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der VSPD. waren, die anläßlich der Umlageberatung den Antrag der Kommunisten auf Freilassung der kleinen Betriebe bis zu 50 Morgen niederstimmten.

Zur Generalversammlung des DLV.

Bekanntlich hat der Hauptvorstand des DLV. zum September d. J. die dritte Generalversammlung einberufen. Die DLV.-Kollegen werden in ihren Ortsgruppenversammlungen Stellung nehmen müssen zu der Generalversammlung. Die mistarifen Tarife, denen der DLV. in der Arbeitsgemeinschaft zustimmte, die Unterstützung der Technischen Nothilfe, die Beteiligung an Niederschlägen des Landarbeiterstreiks, die Zersplitterung der Landarbeiterfront charakterisieren die Tätigkeit des Hauptvorstandes und der von ihm eingesetzten Kreisleiter.

Wenn der Hauptvorstand in einer Notiz im „Vorwärts" bezweifelt, ob der Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft und die Wahl der Angestellten durch die Mitglieder zum Nutzen der Landarbeiterbewegung ist, so werden ihm die DLV.-Kollegen erklären müssen, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht nur zu den miserabelen Tarifen geführt hat, sondern daß aus ihr heraus auch die Korruption einer Reihe von Angestellten erwachsen ist und außerdem die Mitgliederzahl des DLV. von den 800000, die im Sommer 1920 gezählt wurden, auf weniger als 400000 zurückgegangen ist.

Diese Tatsachen sind ein solches Anklagematerial gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik und die Willkürherrschaft über die Mitglieder der DLV.-Bureaukratie, daß DLV.-Kollege Zweifel hegen kann darüber, daß es notwendig ist, **Schluß zu machen mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik und daß die Wahl der Angestellten durch die Mitglieder erfolgen muß.**

Wenn der Hauptvorstand sich dagegen wendet und jedes Mitbestimmungsrecht der Mitglieder verweigern will, um seine erbärmliche Arbeitsgemeinschaftspolitik fortsetzen zu können, dann beweist er, daß ihm an einer starken Landarbeiterfront nichts liegt, daß er die weitere Zersplitterung der Landarbeiterbewegung fortsetzen will.

Dies müssen die DLV.-Kollegen und Kolleginnen vereiteln. Zu den Bezirksversammlungen, in denen die Delegierten zur Generalversammlung gewählt werden, müssen solche Kollegen gesandt werden, die endlich einen Schlußstrich machen unter das Treiben der DLV.-Bureaukratie, die gewillt sind, aus dem DLV. eine Kampforganisation zu machen. Dies ist Vorbedingung dazu, daß die kommende Generalversammlung eine Grundlage gibt für den Aufbau des DLV., für die Stärkung der Landarbeiterfront zum Kampf gegen die gutsbesitzerlichen Ausbeuter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230706-19/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

103] Von Charles de Coster

41

Am selbigen Tage war König Philipp schwermütiger denn sonst, denn er hatte zuviel Zuckergebäck gegessen. Er hatte auf seinem lebendigen Klaviizimbal gespielt; das war eine Kiste, mit Katzen darin, deren Köpfe durch runde Löcher unter den Tasten heraussahen. Jedesmal, wenn der König auf eine Taste schlug, traf diese die Katze mit einem Stachel, und das Tier miaute und jammerte vor Schmerz.

Aber Philipp lachte nicht.

Unablässig forschte er in seinem Geiste, wie er Elisabeth, die große Königin, besiegen und Maria Stuart auf den Thron von England setzen könne. Zu dem Ende hatte er an den bedürftigen und verschuldeten Papst geschrieben; der Papst hatte geantwortet, daß er für dies Unternehmen gern die heiligen Kirchengefäße und die Schätze des Vatikans verkaufen würde.

Aber König Philipp lachte nicht.

Ridolfi, der Bubsle der Königin Maria, der durch ihre Befreiung ihr Gatte und König von England zu werden hoffte, kam zu König Philipp, um mit ihm den Mord Elisabeths abzuklarten. Aber er war ein solcher Schwätzer, wie der König schrieb, daß man von seinem Plan ganz offen an der Börse zu Antwerpen gesprochen hatte. Und der Mord unterblieb.

Und Philipp lachte nicht.

Später schickte der Blutherzog auf Befehl des Königs ein Paar Mörder nach England. Ihr Erfolg war, gehenkt zu werden.

Und Philipp lachte nicht.

Und also machte Gott den Ehrgeiz dieses Vampirs zunichte, der nichts geringeres wollte, als Maria Stuart ihren Sohn zu rauben und an ihrer Statt mit dem Papst über England zu herrschen. Und der Mörder erbostete sich, dies edle Land groß und mächtig zu sehen. Unablässig richtete er seine farblosen Augen dorthin und suchte, die Reformierten auszutotten, sonderlich die Reichen, und die Güter der Opfer zu erben.

Aber er lachte nicht.

Man brachte ihm Mäuse und Ratten in einem eisernen Kasten mit hohen Rändern, der an einer Seite offen war, und er setzte den Boden des Kastens auf ein starkes Feuer und ergötzte sich daran, zu sehen und zu hören, wie die armen Tierlein sprangen, schrien, ächzten und starben.

Aber er lachte nicht.

Dann ging er bleich und mit zitternden Händen in die Arme der Prinzessin Eboli und löschte bei ihr die Glut seiner Wollust, die er an der Fackel der Grausamkeit entzündet hatte.

Und er lachte nicht.

Und die Prinzessin Eboli empfing ihn aus Furcht und nicht aus Liebe.

42

Die Luft war heiß, kein Windhauch kam von dem ruhigen Meer. Die Bäume am Kanal von Damme rauschten kaum, die Grillen blieben in den Wiesen und die Dienstleute der Kirchen und Abteien kamen auf die Felder, um für die Pfarrer und Aebte den Dreizehnten von der Ernte zu holen. Vom tiefblauen, glühenden Himmel goß die Sonne ihre Glut herab, und die Natur schlief unter ihren Strahlen wie ein schönes, nacktes Mädchen, das unter den Liebkosungen seines Geliebten erschlafft ist. Die Karpfen machten Luftsprünge auf dem Wasser des Kanals, um nach den Fliegen zu schnappen, die wie ein Wasserkessel summten, und die Schwalben mit ihren langen Leibern und großen Flügeln machten ihnen die Beute streitig. Vom Boden stieg ein warmer Dunst auf, der im Licht glänzte und flimmerte. Hoch vom Turm verkündete der Glöckner von Damme mit einer gesprungenen Glocke, die wie ein Kessel dröhnte, daß es Mittag sei und Essenszeit für die Bauern, die bei der Heuernte waren. Die Frauen schlossen ihre Hände wie Sprachrohre und riefen ihre Brüder oder Männer mit Namen: „Hans, Pieter, Joos"; und man sah ihre roten Hauben über den Heuhaufen. In der Ferne sahen Lamm und Ulenspiegel den Turm der Frauenkirche hoch, viereckig und schwerfällig aufragen, und Lamm sprach:

„Da, mein Sohn, sind Deine Schmerzen und Liebesfreuden."

Aber Ulenspiegel antwortete nicht.

„Bald", sprach Lamm, „werde ich meine alte Wohnung und vielleicht mein Weib wiedersehen."

Aber Ulenspiegel antwortete nicht.

„Du Holzpuppe," sagte Lamm, „Du steinernes Herz, kann nichts Dich ergreifen, nicht die Nähe der Orte, wo Du Deine Kindheit verbrachtest, noch die teuren Schatten des armen Klas und der armen Soetkin, der beiden Märtyrer? Was! Du bist nicht traurig noch fröhlich; was hat Dir also das Herz ausgedörrt? Sieh mich an, wie bang und unruhig ich bin, und wie ich trotz meines Wanstes hüpfe; sieh mich....."

Lamm schaute Ulenspiegel an und sah sein Haupt gebeugt und das Angesicht fahl; seine Lippen bebten und er weinte stumm.

Und Lamm schwieg.

So ritten sie, ohne ein Wort zu sprechen, nach Damme. Sie zogen durch die Reiherstraße ein und sahen keine Seele wegen der Hitze. Die Hunde lagen vor den Türschwellen mit heraushängender Zunge auf der Seite und gähnten. Lamm und Ulenspiegel schritten am Rathaus vorbei; davor Klas war verbrannt worden. Ulenspiegels Lippen zitterten noch mehr, und seine Tränen versiegten. Sie kamen vor Klasens Haus, das nun ein andrer Kohlenhändler bewohnte. Er trat ein und sprach zu ihm:

„Erkennest Du mich? Ich will mich hier ausruhen."

Der Kohlenhändler antwortete:

„Ich erkenne Dich, Du bist der Sohn des Geopferten. Geh in diesem Hause, wohin Du willst."

Ulenspiegel ging in die Küche, dann in Klasens und Soetkins Kammer und weinte dort.

Als er wieder hinuntergestiegen war, sprach der Kohlenhändler zu ihm:

„Hier ist Brot, Käse und Bier. So Du Hunger hat, iß; so Du Durst hast, trinke."

Ulenspiegel winkte mit der Hand, daß er weder Hunger noch Durst habe.

Dann ging er mit Lamm, der rittlings auf seinem Esel saß, dieweil Ulenspiegel den seinen am Halfter führte.

Sie kamen zu Kathelines Hütte, banden ihre Esel an und traten ein. Es war Essenszeit. Auf dem Tisch standen grüne Bohnen in der Schale, mit großen weißen Bohnen gemischt. Katheline aß. Nele stand neben ihr und wollte just eine Essigtunke, die sie vom Feuer genommen, in Kathelines Napf gießen.

Da Ulenspiegel eintrat, erschrak sie so, daß sie den Topf mitsamt der Tunke in Kathelines Napf warf. Die begann kopfschüttelnd die Bohnen um den Topf aufzusuchen, schlug sich gegen die Stirn und sagte wie eine Irre:

„Nehmt das Feuer fort! Der Kopf brennt!"

Der Geruch des Essigs machte Lamm hungrig.

Ulenspiegel blieb stehen, blickte Nele an und lächelte liebevoll in all seiner Trübsal.

Und Nele schlang ihre Arme um seinen Hals, ohne ein Wort zu sagen. Auch sie schien närrisch; sie weinte und lachte und errötete vor großer, süßer Wonne; sie sagte nur immerfort: „Tyll, Tyll!" Ulenspiegel betrachtete sie glückselig. Dann ließ sie ihn los, trat ein wenig zurück, schaute ihn freudig an, stürzte ihm wieder entgegen und umhalste ihn stürmisch, und so etliche Male. Er hielt sie glückselig umfangen und konnte sich nicht von ihr trennen, bis sie matt und wie von Sinnen auf einen Stuhl sank. Und sie sagte ohne Scheu:

„Tyll, Tyll, mein Geliebter, da bist Du wieder!"

Lamm stand an der Tür. Als Nele sich beruhigt hatte, sagte sie, auf ihn deutend:

„Wo hab' ich diesen dicken Mann gesehen?"

„Das ist mein Freund," sagte Ulenspiegel. „Er begleitet mich und sucht seine Frau."

„Ich erkenne Dich", sprach Nele zu Lamm. „Du wohntest in der Reiherstraße. Du suchst Deine Frau; ich habe sie in Brügge gesehen, allwo sie in aller Frömmigkeit und Andacht lebt. Da ich sie fragte, warum sie ihren Mann so grausam verlassen habe, antwortete sie mir:

„Solches war der heilige Wille Gottes und das Gebot der heiligen Beichte; ich kann fürder nicht mit ihm leben."

Lamm ward bei dieser Rede traurig und blickte die Bohnen mit Essig an. Und die Lerchen stiegen trillernd zum Himmel empor und die erschlaffte Natur ließ sich von der Sonne liebkosen. Und Katheline suchte mit ihrem Löffel rund um den Topf die weißen Bohnen, die grünen Schoten und die Tunke zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Der junge Schmied

Ich wünsche mir im Leben:
Möcht' sein ein junger Schmied.
Den Hammer tät' ich schwingen
Und pfiff ein lustig Lied.

Ich will kein Eisen schmieden,
Brauch Kohle und Feuer nicht.
Ich schwing nur meinen Hammer,
Bereit' ein groß' Gericht.

Ich schlag' den Lügnern allen
Die dicken Schädel ein.
Die Heuchler und Verräter,
Die stelle ich in Reih'n.

Ausbeuter und Schmarotzer,
Faulenzer allzumal,
Die Junker und die Pfaffen
Trotz ihrer großen Zahl:

Sie alle sollen spüren,
Wie man den Hammer schwingt,
Damit die Menschheit froh wird
Und Freiheitslieder singt.

Wilhelm Müller.

Spiel und Arbeit in russischen Kinderheimen

Während des Weltkongresses der IAH. im Reichstag fand eine Ausstellung von Arbeiten der Kinder der russischen Heime statt, die einen lebendigen Eindruck von dem Geiste gab, der in den Kinderheimen herrscht und der sich in Spiel und Arbeit der Kinder spiegelt. Was vor allem auffällt, ist die erstaunliche Produktivität, die Phantasie, die künstlerische Begabung und die Kollektivität. Beschäftigung ist hier nicht Spielerei, sondern produktives Schaffen. Da ist man erstaunt. Hämmer und andere Eisenteile von elfjährigen Knaben und Mädchen geschmiedet, äußerst fein in der Form ausgearbeitet und blank poliert zu sehen. Genossin Hörnle, die die Heime besuchte, erzählt, wie die Kinder bei dieser praktischen Arbeit zugleich alles Theoretische, was mit dem Arbeitsprozeß zusammenhängt, lernen. Viele Handarbeiten der Mädchen sind Kollektivarbeit. Aus primitivstem Material werden die reizvollsten Dinge gemacht. Viele Zeichnungen und Malereien geben Landschaften und Szenen lebendig wieder, zeugen von feinem Farbensinn und eigener Auffassungskraft. Das Besondere und Erstaunlichste sind die Holzarbeiten, praktische Tischlerarbeit und Schnitzerei und Einlegearbeiten von wahrhaft künstlerischen Qualitäten. Wer diese buntbemalten Holzfigürchen 12- bis 16jähriger Kinder des Jekaterinburger Heims gesehen hat, vergißt die feine Realistik, mit der hier Volkstypen wiedergegeben sind, so leicht nicht und begreift, wie wichtig, von welcher Bedeutung es ist, alles zu tun, daß die Kinderheime der IAH. weiter erhalten werden können, damit diese begabten russischen Kinder, die sich hier schon so weit entwickeln konnten, dem Arbeiterstaat zum Segen weiter eine Stätte gesicherten Lebens und Lernens hier finden.

150 landwirtschaftliche Apotheken für Sowjet-Rußland. Der Bevollmächtigte des Volkskommissariats für Gesundheitspflege in der Schweiz, Doktor Bagoßki, teilte dem Volkskommissar für Gesundheitspflege Semaschko mit, daß das internationale Komitee der medizinischen Hilfe für Sowjet-Rußland 150 Dorf-Apotheken für Rußland zusammengestellt und bereits nach Rußland abgeschickt hat.

Internationaler Biologenkongreß in Moskau. Die Delegation italienischer Gelehrter, die sich augenblicklich in Moskau befindet, richtete an das Gesundheitskommissariat die Aufforderung, einen Internationalen Biologenkongreß nach Moskau einzuberufen.

Die russischen an die englischen Gelehrten. Am 13. Mai d. J. hielten die russischen Gelehrten in ihrem Hause in Moskau eine Versammlung ab, um zur Antwort der Sowjetregierung auf die Note Lord Curzons Stellung zu nehmen. Die Versammlung nahm folgende Entschließung an: „Die russischen Gelehrten begrüßen ihre englischen Kollegen in der Ueberzeugung, daß die Vertreter der Wissenschaft aller Länder sich einig fühlen im Wunsche nach allgemeinem Frieden, als dem besten Förderer der Wissenschaft und Kultur. Die Schrecken des letzten Weltkrieges sind noch in unserer aller Erinnerung, und mehr als je schätzen wir jetzt den Frieden um weiter mitarbeiten zu können am wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau unseres Landes. Wir die russischen Gelehrten, unterstützen daher einstimmig den Vorschlag der Sowjetregierung, den entstandenen Konflikt mit England in friedlicher Verhandlung zu beseitigen, und zwar auf Grundlage der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung beider Parteien. Vor drohender Gefahr eines Bruches zwischen den beiden Ländern rufen wir unsere englischen Kollegen an, zum Schutze des allgemeinen Friedens die Stimme der Wissenschaft zu erheben, deren Ideal schließlich die Kulturgemeinschaft aller Menschen ist. Im Auftrage der Versammlung: „Die Verwaltung des Hauses der Gelehrten".

Naturpark in der Sowjet-Ukraine. Im Herbst sollen die Wiederaufbauarbeiten in dem berühmten Naturpark und landwirtschaftlichen Musterbetrieb Ascania Nova (im Gouv. Taurien, ehemals Falz-Feinscher Besitz) beginnen. Der Wiederaufbau soll aus staatlichen Mitteln finanziert werden.

WissenschaftlicherÜcheraustausch Deutschland — Rußland. Das Bildungskommissariat Rußlands trifft Vorbereitungen für einen planmäßigen Austausch deutscher und russischer wissenschaftlicher Literatur. Als Zentralstelle für den Kauf wurde die Altrussische Bücherkammer in Moskau bestimmt.

Pinguinische Kunst

In der Vorrede zu seinem großen satirischen Roman „Die Insel der Pinguine", in dem er die bürgerliche Gesellschaft auf eine köstliche Weise lächerlich macht, erzählt Anatole France folgendes Erlebnis beim Besuch eines pinguinischen „Kunstwissenschaftlers. — Wir bringen nachstehend Anatole Frances Kritik der „Primitiven" in Pinguinen.

„Im Juni des vergangenen Jahres hatte ich den Einfall, nach Ursprung und Fortschritten der pinguinischen Kunst mich bei dem leider so früh verstorbenen Herrn Fulgentius Tapir zu erkundigen, dem gelehrten Urheber der „Allgemeinen Jahrbücher der Malerei, Skulptur und Architektur."

In sein Arbeitszimmer geleitet, fand ich ein wunderbar kurzsichtiges Männchen, das vor einem Zylinderbureau saß, unter einer fürchterlichen Papierlast, und dessen Augenlider hinter goldener Brille zuckten.

Zum Ersatz für die Sehfähigkeit, die ihm gebrach, schnüffelte seine unmäßig lange, bewegliche, mit dem köstlichsten Tastsinn ausgestattete Nase in der sichtbaren Welt umher. Durch dieses Organ setzte Fulgentius Tapir sich mit Kunst und Schönheit in Berührung. Man weiß, daß in Frankreich die Musikkritiker zumeist taub, die Kunstkritiker meist blind sind. So ist ihnen die Sammlung vergönnt, die für die ästhetischen Ideen notwendig ist. Glauben Sie, mit Augen, die geschickt gewesen wären, die Formen und die Farben wahrzunehmen, worein die rätselvolle Natur sich hüllt, hätte Fulgentius Tapir über Bergen gedruckter und handschriftlicher Dokumente den Gipfel des doktrinären Spiritualismus erklommen und jene gewaltige Theorie geahnt, die aller Länder und aller Zeiten Künste auf das Institut de France, ihren obersten Zweck, sich beziehen läßt?

Die Wände des Arbeitsraumes, der Boden, die Decke sogar waren mit berstenden Bündeln Papiers vollgepackt, mit hochgeschwollenen Kartons, mit Schachteln, in denen unendliche Massen von Zetteln sich drängten. Und halb staunend, halb erschrocken blickte ich auf die Charaktere von Bildung, die ihre Dämme zu zerreißen drohten.

„Meister", sprach ich mit bewegter Stimme, „ich rufe Ihre Güte und Ihr Wissen an, die beide unerschöpflich sind. Wollen Sie in meinem beschwerlichen Forschungen über den Ursprung der pinguinischen Kunst mir Ihre Hilfe gewähren?"

„Werter Herr," antwortete der Meister, „ich besitze die gesamte Kunst, wohlverstanden: die gesamte Kunst, in alphabetisch und nach den Materien geordneten Zetteln. Ich eile, Ihnen alles, was die Pinguine betrifft, zur Verfügung zu stellen. Klettern Sie auf die Leiter und ziehen Sie an der Schachtel, die Sie da oben sehen. Sie finden, was Sie brauchen."

Zitternd gehorchte ich. Doch kaum hatte ich die verhängnisvolle Schachtel aufgeklappt, als ihr blaue Zettel entquollen und, durch meine Finger schlüpfend, herabzuregnen begannen. Alsbald öffneten sich, wie von Sympathie gelockt, die nächsten Schachteln, und Bäche rosiger, grüner, weißer Zettel flossen hervor, und Schlag auf Schlag entströmten sämtlichen Schachteln die bunten Zettel und rauschten wie im April die Wasserstürze über Bergeshang. In einer Minute war der Boden unter dicker Papierschicht verschwunden. Aus unerschöpflichen Vorratskammern sprudelten die Zettel mit immer wachsendem Getöse, und ihr rasender Schwall ward von Sekunde zu Sekunde beschleunigt. Mit wachsamer Nase beobachtete Fulgentius Tapir das Wüten. Er erkannte die Ursache und ward blaß vor Angst.

„Wieviel Kunst!" schrie er auf.

Ich rief ihn mit Namen, ich beugte mich, um ihm beim Erklettern der Leiter zu helfen, die unter dem Platzregen wankte. Es war zu spät. Jetzt hatte er, niedergedrückt, verzweifelt, kläglich, seine Samtkappe und seine goldene Brille verloren. Umsonst stemmte er seine kurzen Arme gegen die Flut, die ihm bis zu den Achseln schwoll. Plötzlich stieg eine gräßliche Wasserhose von Zetteln auf und riß ihn in einen gigantischen Wirbel. Eine Sekunde lang sah ich im Schlund den glatten, blinkenden Schädel des Gelehrten und seine fetten Händchen, dann schloß sich die Tiefe; und über regungslosem Schweigen verbreitete sich die Sintflut. Da ich selbst in Gefahr war, mit meiner Leiter hinabgewälzt zu werden, entfloh ich durch des Fensterkreuzes höchste Scheibe.

Das Ende vom Liede

I

Vor einigen Tagen begegnete ich im Zentrum Berlins einem Lastwagen. Auf dem hohen Kutscherbock saß ein Prolet, aussehend, wie heute alle Proleten aussehen: schmächtig, kraftlos, haut u. Knochen. Gerade als der Wagen an mir vorüberfuhr, zuckte der Kutscher plötzlich zusammen, faßte sich noch ans Herz, und fiel vom Kutscherbock herunter in den Rinnstein. Glücklicherweise ging der Fall ohne Arm- und Beinbruch ab. Man setzte den Kutscher auf eine in der Nähe befindliche Bank. Ein Arzt, der zufällig dabei war, stellte fest, daß nichts besonderes vorläge, er „nur" an allgemeiner Erschöpfung, an Unterernährung leide. Das einzige Mittel dagegen sei, mehr Fett, Eier und sonstige nahrhafte Stoffe zu verzehren. Alle Umstehenden hatten größtes Mitleid mit dem Kutscher, taten, wie es meist ist, wenn sie dabei stehen, äußerst sentimental. Nur ein ziemlich wohlgenährter, elegant gekleideter Mann meinte: „Schad't ihm garnichts, warum paßt er nicht auf? Der Tag ist doch nicht zum Ausschlafen da!"

II

In einem der größten Lesesäle in Berlin. Es wird abends um 9 Uhr Schluß gemacht. Das Licht wird ausgedreht. Die letzten Besucher verschwinden.

Ein schon älterer Mann mit Vollbart und Brille, Aktenmappe unterm Arm, ein typischer Intellektueller, geht nochmals in eine der dunklen Ecken des Lesesaals. Er guckt sich nach dem Kontrolleur um, und dann entleert er mit ein paar schnellen Handgriffen den dort befindlichen Papierkorb. Das Altpapier wandert in seine anscheinend dazu besonders großen Hosentaschen. Ein paar trockene Schrippen bekommt er immerhin dafür. Etwas ängstlich geht er, an der Kontrolle vorbei, ins Freie.

Diese beiden Vorfälle, die sich wirklich ereignet haben, zeigen typisch die Lage der deutschen Arbeiter und Intellektuellen.

Angesichts dieser rasenden Verelendung wollen wir nicht, wie es die Sozialdemokraten, der „Vorwärts" und all die Kleinbürger mit ihren kleinbürgerlichen Zeitungen so gerne tun, darüber in sentimentalen Redensarten Tränen vergießen. Sie sollen die Massen nur in eine verzweifelte, melancholische Stimmung, versetzen. Und gerade das müssen wir aufs schärfste bekämpfen. Es gilt, all das Elend und all die Verzweiflung umzuwandeln in Wut gegen die kapitalistischen Aasgeier, in den revolutionären, siegeszuversichtlichen Kampfwillen.

H. St.

Der kälteste Juni seit hundert Jahren. In der Nordschweiz ist der abgelaufene Monat Juni der kälteste seit ungefähr hundert Jahren gewesen. Nach dem Befund der meteorologischen Zentralstation erreicht das Wärmedefizit nahezu 4 Grad Celsius. Die mittlere Monatstemperatur erreichte für Zürich 12,6 Grad, was niemals dagewesen ist, solange diese Aufzeichnungen existieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230706-19/fragment/page=0008

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. **Bezugspreis** frei Haus monatl. 15 500 M., durch die Post 14 500 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg e. GmbH Halle, Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1045, 1047, 2251 **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 650 M. für den Millimeter Höhe und Spalte; 3000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 700 Mark | Freitag, den 6. Juli 1923 | 3. Jahrgang Nr. 155

Die Verhandlungen über die Indexlöhne gescheitert

Was nun?

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 6. Juli.

Nach dem offiziellen Bericht der Spitzengewerkschaften aller Richtungen sind die Verhandlungen über die Anwendung des Lebenshaltungsindex auf die Löhne und Gehälter gescheitert. Die Unternehmer erklärten, daß sie die Frage der Indexlöhne noch nicht für genügend geklärt halten und deshalb eine Verständigung für ausgeschlossen erscheine. Da die Gewerkschaftsvertreter eine weitere Verzögerung nicht mehr verantworten können, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die Gewerkschaften streben trotzdem eine Zugrundelegung der Indexberechnung schon bei den laufenden Tarifverhandlungen an und haben Schritte bei der Reichsregierung getan, um eine gesetzliche Regelung der Löhne für die Staatsarbeiter und Beamten durchzusetzen.

*

Unsere Voraussage hat sich erfüllt. Selbst die von den Gewerkschaftsinstanzen geforderten vollkommen ungenügenden Indexlöhne werden von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Arbeitgeber wollen nicht nur den jetzigen Hungerlohn verewigen, sie wollen die Lebenslage der Arbeiter noch verschlechtern. Die Spitzenorganisationen haben mit ihrer Bauchrutscherei elenden Schiffbruch erlitten, was werden sie jetzt tun?

Die Lage der Arbeiterschaft ist eine verzweifelte, überall flammen Lohnstreiks auf, an allen Ecken und Enden des Reiches tritt die Arbeiterschaft in den Kampf um ein Stück Brot mehr. Einzeln tritt die Arbeiterschaft in den Kampf, einzeln wird die Arbeiterschaft niedergeschlagen.

Tausende von Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen haben sich mit der Frage der zukünftigen Entlohnung beschäftigt. Teils wurden der Friedensreallohn, teils Gold- oder wertbeständige Löhne gefordert, doch überall kam der entschlossene Wille zum Kampf für die Sicherung der Lebensexistenz zum Ausdruck, überall zeigte die Arbeiterschaft, daß sie am Ende ihrer Leistungsfähigkeit und auch am Ende ihrer Geduld angelangt ist.

Die minimalen Forderungen der Spitzenorganisationen sind abgelehnt, was werden der ADGB., die AfA., der ADB. tun? **Werden sie sich zu energischen Schritten aufraffen, werden sie den Willen ihrer Mitglieder ausführen, werden sie die Arbeiterschaft in den Kampf für die von ihnen selbst als notwendig erachteten „Indexlöhne"** führen? Ein Narr, wer dies glaubt. Die Spitzenorganisationen werden weiter beraten. Nach tage- und wochenlangen Beratungen und neuen Visiten bei Cuno und anderen Kapitalisten-Vertretern werden sie dann den einzelnen Gewerkschaften freie Hand zur Erkämpfung von wertbeständigen Löhnen lassen, d. h. jede Gewerkschaft führt den Kampf so gut und so schlecht sie ihn eben führen kann, und kommt dabei bei dem geschlossenen Widerstand der Unternehmer unter den Schlitten.

Dieser Weg ist in der heutigen Situation, der amtliche Dollarkurs ist trotz der ebertinischen Devisenverordnungen von 154 000 auf 166 000 hinaufgeklettert, nicht gangbar. Die Arbeiterschaft kann nicht mehr mit der Regelung ihrer Löhne und Gehälter warten, sie muß sich selbst helfen. Notwendig ist, daß die Arbeiterschaft sich zunächst über das nächstliegende Etappenziel und über die Form des Kampfes klar wird. Deshalb ist der Beschluß des Bezirks-Kartellvorstandes, zum 29. Juli eine Betriebsrätekonferenz einzuberufen, nur zu begrüßen. Es ist dies der richtige Weg. Die Gewerkschaftsinstanzen haben wieder, wie schon so oft, versagt. Jetzt haben die Arbeiter selbst das entscheidende Wort. Die Betriebsräte, die von den Belegschaften erwählten Vertrauensleute, müssen sich untereinander verständigen, dem geschlossenen Angriff des Unternehmertums muß der geschlossene Block der gesamten Arbeiterklasse entgegengesetzt werden. Um diesen einheitlichen, festen Block der Arbeiter aller Berufe zu schweißen, um die Vorbedingungen für einen erfolgreichen Kampf zu schaffen, müssen die Belegschaften schon heute zu der Bezirks-Betriebsrätekonferenz in ihren Betrieben Stellung nehmen und ihre Betriebsräte oder Vertrauensleute zur Konferenz bestimmen. Kein Betrieb darf unvertreten sein. **Die Betriebsrätekonferenz des Bezirks Halle-Merseburg muß dem Unternehmertum zeigen, daß die mitteldeutsche Arbeiterschaft sich nicht noch weiter hinabdrücken läßt. Sie muß aber auch den Spitzenorganisationen mit aller Deutlichkeit sagen, daß sie zum Kampfe für die Sicherung der Existenz der arbeitenden Bevölkerung bereit ist, von ihren Führern verlangt, daß dieser Kampf durchgeführt wird, und daß sie entschlossen ist, wenn die heutigen Führer die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum dem Kampfe für die Siche-ru[illegible] ...ie dahin zu schicken, [illegible] zu unseren Aus-[illegible]**

[illegible] ...ssen jetzt klar und [illegible] ...rtum vorbereiten, [illegible] ...e Arbeiter der ein-[illegible] ..., in die Tat um-[illegible] ...ernehmertums, das [illegible] ...asse fest organisiert [illegible] ...rbeiterklasse, Hand-[illegible] Nur so wird sich [illegible] ...n.

Streik der Berliner Metallarbeiter

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 6. Juli.

Die gestern vom Metallkartell vorgenommene Urabstimmung in den Betrieben der Berliner Metallindustrie ergab 120 444 Stimmen für den Streik. Ueber 9000 für die Annahme des Schiedsspruches. Damit ist die zum Streik erforderliche Dreiviertel-Mehrheit weit überschritten. Die Streikleitung hat gestern beschlossen, daß zunächst über 60 Betriebe, darunter alle wichtigen Großbetriebe, heute früh in den Streik eintreten.

Der AfA.-Bund nimmt in einer öffentlichen Erklärung zum Streik Stellung und weist seine Mitglieder an, absolute Solidarität mit den Metallarbeitern durch Verweigerung jeder Arbeitsleistung, durch die der Streik beeinträchtigt werden könnte, zu üben.

Streiks und Lohnbewegungen im Reich

(Eigene Drahtmeldungen)

Die Kommission der Berliner Baudelegierten wendet sich in einem Aufruf an die Arbeiter der Industriegruppe Bau und fordert zur Bildung einer Kampfgemeinschaft im Baugewerbe, zur Erringung des Friedensreallohnes auf.

*

Varel (Oldenburg). Der Streik auf dem hiesigen Eisenwerk wird trotz der Verschleppungstaktik der Gewerkschaftsführer entschlossen weitergeführt.

*

Der Metallarbeiterstreik in Rostock geht weiter, da die Unternehmer sich dem gefällten Schiedsspruch nicht unterwerfen.

*

Die Straßenbahner Düsseldorfs drohen infolge des brutalen Vorgehens der Direktion in einer Resolution mit einem neuen Streik.

*

Streik der Leipziger Metallschleifer. Die Metallschleifer der Fahrradfabrik Bauer und Müller sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer einen Lohnabbau vornehmen wollten. Die christlichen Gewerkschaftsführer spielten den Judas, indem sie ihre Mitglieder zur Arbeitsaufnahme überredeten. Die Mitglieder des DMV. verharren weiter im Streik, um den Lohnabbau abzuwehren.

Die Erwerbslosen im Reichstag

(Eigener Bericht)

Berlin, 5. Juli.

Dem Aufruf der Kasseler Erwerbslosen, Delegationen an die Reichsregierung zu senden, haben die Erwerbslosen im ganzen Reiche in überraschender Weise Folge geleistet. Aus allen Landesteilen trafen heute morgen im Reichstage Erwerbslosendelegationen ein. Insgesamt waren 71 Delegierte erschienen. Davon gehörten elf der VSPD. an, 14 waren parteilose Gewerkschafter, drei Syndikalisten, der Rest gehörte der KPD. an.

[illegible] ...SPD.-Fraktion die [illegible] ...nd für die KPD.- [illegible] einer lebhaften [illegible] ...sen kraß zu Tage [illegible] Ausarbeitung ein-[illegible] ...n der Kommission [illegible] von der Konferenz [illegible] lauten:

[illegible] ...rschienenen und im [illegible] ...slosen stellen hier-[illegible]

[illegible] ...beiten in größerem [illegible] ...uppen zu den tarif-[illegible] ...t sowie Abzug von [illegible]

[illegible] ...uß sofort eine ein-[illegible] ...n, einschließlich der [illegible] 500 000 Mark für [illegible]

[illegible] ...st richten nach dem [illegible] ...rbeiters und zwar:

[illegible] 50 Prozent
b) für selbständige Ledige 65 Prozent
c) für Verheiratete ohne Kinder 70 Prozent
d) für Verheiratete bis zu drei Kindern 80 Prozent
e) für Verheiratete mit mehr als drei Kindern 90 Prozent

4. Aufhebung der Karenzzeit und Gewährung der Erwerbslosenunterstützung ohne Einschränkung und Befristung.

5. Den Reichsarbeitsminister aufzufordern, eine Verordnung zu erlassen, daß alle Einstellungen von Arbeitern und Angestellten durch die öffentlichen Arbeitsämter nach den jeweils geltenden Ortstarifen vorgenommen werden müssen.

6. Den Reichsarbeitsminister aufzufordern, Richtlinien an Länder und Kommunen zu erlassen, durch die

a) die Erwerbslosenkommissionen als Vertreter der Erwerbslosen anerkannt werden,

b) Länder und Gemeinden das Recht erhalten, bei besonderer Notlage Zuschüsse an die Erwerbslosen zu zahlen,

c) Naturallieferungen zu bewilligen.

7. Eine Amnestie für alle Notvergehen zu erlassen.

Damit sind endlich für die anwachsende Erwerbslosenbewegung einheitliche Forderungen aufgestellt. Ueber die Forderungen sollen morgen Besprechungen mit dem Reichsarbeitsminister stattfinden.

*

Gestern trafen vier Delegationen des Zentralrates der Erwerbslosen des Rhein- und Ruhrgebietes in Berlin ein, um wegen Anerkennung des Barmer Programms der Erwerbslosen mit dem Reichsarbeitsministerium zu verhandeln.

In Breslau demonstrierten die Erwerbslosen für ihre Forderungen vor dem Rathaus. Sie wurden darin durch die Belegschaften einiger Großbetriebe unterstützt, so daß insgesamt über 30 000 Arbeiter die Forderungen vertraten.

England und die Ruhr

Von M. Philips Price

Die Beilegung der anglo-russischen Krise im letzten Mai wurde in England durch zwei Ursachen herbeigeführt: erstens durch die Opposition der organisierten Arbeiterbewegung, die die Regierung nicht zu ignorieren wagte, und zweitens durch den Sieg der Gruppe um Mr. Baldwin im britischen Kabinett. Was die erste Ursache anbetrifft, so hat Mr. Baldwin offen zugegeben, daß die Resolutionen von den Ortsgruppen der Labour Party, von den Gewerkschaften, der Unabhängigen Arbeiter-Partei und den anderen sozialistischen Organisationen — von denen der Kommunistischen Partei gar nicht zu sprechen — so zahlreich einliefen, daß er außerstande war, sie alle zu beantworten, und daß er sie deshalb Mr. Henderson zur Erledigung übergeben mußte. Die herrschenden Klassen in England sahen klar voraus, daß, wenn Lord Curzons Politik die Oberhand gewinnt, eine sehr gefährliche innere Situation entstehen würde. Für die Regierung Englands, die jetzt eine Regierung der Bank-Aristokratie, der Besitzer von „Consols" (Staats-Renten) und des passiven Kapitals ist, ist eine friedliche Außenpolitik notwendig, um die englische Währung zu stützen. Lord Curzons Politik, die die Anschauungen der anglo-indischen Bureaukratie und der Führer des Heeres und der Flotte zum Ausdruck brachte, zielte ab auf einen Bruch mit Rußland um jeden Preis, selbst dann, wenn dieser Bruch kriegerische Verwicklungen im Osten zur Folge haben sollte. Für den Augenblick ist diese Politik diskreditiert. Die „Politik der Ruhe" Bonar Laws hat das Feld behauptet.

Aber es ist fraglich, wie lange die Politik der britischen Regierung wirklich eine „Politik der Ruhe" sein kann. Die neuen Luftflottenpläne haben ein grelles Licht auf das wirkliche Verhältnis Englands zu Frankreich geworfen. Es ist schon seit längerer Zeit ein offenes Geheimnis, daß der britische Widerstand gegen die Ruhr-Politik Frankreichs in nicht geringem Maße von der Tatsache diktiert wurde, daß die französische Luftflotte etwa zehnmal stärker ist als die britische. Die Frage, vor der die Baldwin-Regierung stand, war: Ist der europäische Kontinent wichtig genug für die britische Bourgeoisie, um neue Ausgaben für Rüstungen mit all ihren Gefahren neuer Kriege notwendig zu machen? Es lag auf der Hand, daß, wenn die britische Luftflotte nur annähernd die Stärke der französischen erreicht hätte, die Baldwin-Regierung in ganz anderen Tönen mit Herrn Poincaré zu sprechen beginnen würde, als in den Tönen der bisherigen platonischen Proteste. Unter den Führern der Industrie in England hatte es schon seit einiger Zeit zwei verschiedene Tendenzen gegeben, von denen eine hauptsächlich durch die Rohstoffe verarbeitenden Industrien in Nord-England (Textil-Industrie, Maschinen-Industrie) und durch die Banken, die mit ihnen verbunden sind, vertreten wurden. Diese wissen, daß ihre besten Märkte auf dem Kontinent liegen und daß jede Hoffnung auf eine Wiederbelebung des Handels aussichtslos ist — wenigstens was ihre Industrie anbetrifft —, wenn nicht die Kaufkraft Deutschlands wieder hergestellt wird. Sie sehen ferner, daß die britischen Erzeugnisse für eine weiße, auf einer hohen Stufe der Zivilisation stehende Bevölkerung bestimmt sind, und daß es deshalb aussichtslos ist, abzuwarten, bis die verhältnismäßig kleine und langsam wachsende weiße Bevölkerung in den britischen Kolonien den Verlust des mitteleuropäischen Marktes ersetzen kann. Diese Ansicht wurde vor kurzem in einem Bericht der „Federation of British Industries" ganz klar zum Ausdruck gebracht.

Auf der anderen Seite steht die zweite Tendenz, die die britische Regierung in Berücksichtigung ziehen muß. Diese Tendenz, die in der Regierung von dem Marineminister Mr. Amery vertreten wird, will Europa überhaupt aufgeben und sich einzig und allein auf die britischen Kolonien konzentrieren. Die Ernennung Baldwins zum Ministerpräsidenten scheint darauf hinzudeuten, daß nicht nur die Curzon-Clique mit ihrer antirussischen Politik fallen gelassen wurde, sondern daß die Gruppe der Industriellen in England, die den kontinentalen Markt nicht gänzlich aufgeben will, auch ein Wort in der Politik der Regierung mitzusprechen haben wird.

Was hat diese Politik aber zur Folge? Sie erfordert eine mehr aktive Opposition gegen die Franzosen an der Ruhr. Das erste Symptom dafür kann in der Entscheidung der Baldwin-Regierung gesehen werden, die Luftflotte auf 60 Geschwader zu verstärken, wodurch die britische Luftflotte auf ungefähr die Hälfte der Stärke der französischen gebracht wird. Das sollte ein Anfang sein. Hier wird aber die britische Regierung vor einen inneren Widerspruch gestellt. Entweder muß sie ihre „Politik der Ruhe" aufgeben, oder sie muß auf den Verlust ihres Einflusses auf dem Kontinent gefaßt sein. Nicht nur jene Elemente der britischen Bourgeoisie, die durch den Handel und die Verarbeitungs-Industrie vertreten sind, wünschen die französische Politik an der Ruhr zu durchkreuzen, sondern auch einzelne Sektionen der großen Bank-Aristokratie, die internationale Geldinteressen in der Wall Street, in der Londoner City, die Rothschilds, Grenfels, Kleinwerts, Morgans und jene Bank-Gruppe, an deren Spitze Mr. Mc Kenna steht, und die binnen kurzem im Baldwin-Kabinett durch Mc Kenna selbst, als Finanzminister, vertreten sein wird. Sie alle wollen um jeden Preis die Schaffung eines Schwerindustrie-Trusts Stinnes—de Wendel — d. h. die Verbindung deutscher Kohle und deutschen Kokses an der Ruhr mit dem französischen Eisen und den Hochöfen in Lothringen — verhindern. Sie sind nicht so sehr gegen eine solche Vereinigung, als dagegen, daß diese ohne ihre Teilnahme zustande kommt, und zwar aus dem Grunde, weil sie dadurch endgültig von dem industriellen, finanziellen und politischen Einfluß auf dem Kon-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230706-19/fragment/page=0009